

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

36/37

78

Union in Deutschland

Bonn, den 26. Oktober 1978

**26. Bundesparteitag
vom 23. bis 25. Oktober 1978 in Ludwigshafen**

Hart arbeiten – mutig kämpfen

Grundsatzprogramm einmütig verabschiedet

Einstimmig haben die Delegierten des 26. Bundesparteitages der CDU nach einer intensiven, von einem hohen Niveau gekennzeichneten Diskussion das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands verabschiedet. Der Kurs stimmt. Jetzt heißt es, hart arbeiten und mutig kämpfen, wie Helmut Kohl den Delegierten zufiel. Es gilt, noch mehr Bürger im Lande für unsere Politik zu gewinnen, weil wir in der Sache überzeugend sind, weil wir in den Personen glaubwürdig sind, weil wir Mut machen und Hoffnung geben. „Wir wollen“, sagte Helmut Kohl, „aus unserer Geschichte und Tradition heraus ohne jede Verbissenheit ganz offen und auch im besten Sinne des Wortes fröhlich unsere Arbeit tun. Das scheint mir eine Voraussetzung für unseren Sieg zu sein.“

26. BUNDESPARTEITAG**Stichworte zu dieser Ausgabe****Reden / Rechenschaftsberichte****Helmut Kohl:**

Unser politischer Auftrag für Deutschland

Der Kurs stimmt — jetzt müssen wir die Bürger überzeugen

Seite 3

Heiner Geißler:

Wir sind die soziale und freiheitliche Alternative zum Sozialismus

19

Diskussion

Voraussetzung für den Sieg: überzeugende Solidarität

Diskussionsbeiträge der Mitglieder des Präsidiums:

Gerhard Stoltenberg, Walther Leisler Kiep, Kurt Biedenkopf
und Hans Filbinger

29

CSU

Unser gemeinsames Ziel: 1980 die Bundestagswahl gewinnen

Grußwort der stellv. CSU-Vorsitzenden Frau Dr. Berghofer-Weichner

41

Weltunion / ECDU / EVP / EDUGrußworte von Mariano Rumor, Flaminio Piccoli, Dr. Rafael Arias-Salgado,
Barney Hayhoe, Dr. Josef Taus, Amaro da Costa

45

Beschlüsse des Parteitages

Grundsätze zur Schulpolitik

55

Finanzausstattung der Gemeinden

55

Europäische Volkspartei

55

Ältere Generation

55

Bundesgarantie für Rentenversicherung

55

Die Lage der Christen im Libanon

55

Kinderhort auf Parteitagen

56

Kunst und Kultur

57

Verfassungsfeinde

57

Wortlaut des Grundsatzprogramms

grüner Teil

Grundsatzprogramm — Dokument geistiger ErneuerungHeiner Geißler über die Bedeutung der Grundwerte für
die politische Auseinandersetzung

gelber Teil

26. BUNDESPARTEITAG

Helmut Kohl:

Unser politischer Auftrag für Deutschland

Dieser Parteitag steht im Zeichen unseres Grundsatzprogramms. Es ist das erste Grundsatzprogramm in der fast 30jährigen Geschichte unserer Partei. Hier in Ludwigshafen werden wir unseren gemeinsamen Standort bestimmen. Am Ende dieser Tage müssen unser Profil klarer, unsere Botschaft

überzeugender, unser Wille entschiedener sein. Wir werden unser Ziel, die Regierung in der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen, nur dann erreichen, wenn wir ihm nicht kurzatmig hinterherrennen; denn gerade die atemlose Jagd nach der Übernahme der Regierung rückt diese in weite Ferne.

Die grundsätzliche Besinnung auf die Ziele unserer Politik ist das, was in dieser konkreten Lage von uns allen gefordert ist.

Deshalb ist dies ein Parteitag der Bilanz, des neuen Aufbruchs, der geistigen Mobilisierung. Grundsätze, die wir hier in Ludwigshafen neu unterstreichen, müssen konkrete Konsequenzen haben. Dies gilt zu allererst für uns selbst. Wir dürfen nicht in diesen Tagen pausenlos von Solidarität sprechen, wenn wir sie nicht selbst im Umgang miteinander üben.

Wir haben vielleicht zu oft und zu viel Rücksicht auf einzelne oder auf Minderheiten in unseren Reihen genommen. Um unserer Zukunft willen, so meine ich, müssen wir auch von den Minderheiten mehr Rücksicht auf die Mehrheit fordern!

Es ist höchste Zeit, daß wir an zwei elementare Gesetze des politischen Erfolgs erinnern und danach handeln: Diskussion, auch kritische, auch kontroverse Diskussion, nach innen, in der Partei, muß sein; das ist das Wesen einer lebendigen Volkspartei. Aber Geschlossenheit des Handelns, Solidarität in der Sache, nach außen, in der Öffentlichkeit, sind ebenso unverzichtbar. Dies muß auch dann gelten, meine Freunde, wenn eine Diskussion mit einer Mehrheitsentscheidung beendet wurde.

Der kleinste gemeinsame Nenner ist kein Fundament politischen Erfolges.

Wer sich auf Kosten der Partei profilieren will, wer sich gegen den Geist der Solidarität zur Partei versündigt, der katapultiert sich selbst aus unserer Gemeinschaft heraus. Wir haben

Rede Helmut Kohl

26. BUNDESPARTEITAG

schon zu viele Beispiele von Illoyalität erlebt.

Ich meine, Illoyalität ist kein Kavaliersdelikt, sondern Sabotage an unserem möglichen Erfolg.

Karl Arnold hat uns schon vor vielen Jahren ins Stammbuch geschrieben: Die CDU ist durch nichts und niemanden umzubringen — es sei denn durch sich selbst. Ich finde, wir sollten diesen Satz beherzigen.

Wir haben in den letzten Tagen oft gehört, und viele wollen uns aus sehr vordergründigem Anlaß einreden, die CDU habe ihr Wählerpotential ausgeschöpft. Ich frage Sie: Worauf stützt sich eigentlich diese eilfertige Behauptung, auf welche Daten, auf welche Fakten, auf welche wirklichen Informationen?

Wie kommen wir eigentlich dazu, uns so etwas aufschwätzen zu lassen? Die CDU/CSU regiert in fünf Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland mit absoluter Mehrheit: in Baden-Württemberg, in Bayern, in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein. Die CDU/CSU ist im Bund und in neun von elf Bundesländern die stärkste politische Kraft. In zwei Dritteln aller Gemeinden der Bundesrepublik verfügen wir über die absolute oder die relative Mehrheit.

Wir haben die Schallmauer nicht erreicht; wir haben alle Chancen, wenn wir nur selbst wollen.

Wir werden die Koalition von SPD und FDP von der Basis her aufrollen. Unsere Mitbürger, die Menschen haben Vertrauen zu uns, wenn sie spüren, daß wir uns selbst etwas zutrauen. Wir müssen wieder den ganzen Reichtum christlich-demokratischer Politik voll ausspielen, statt unsere Kräfte in Abwehrkämpfen

fen zu verzetteln. Die Mitbürger, die jungen wie die alten, wollen keine Cassandra; sie wollen uns als Träger ihrer Hoffnungen. Das heißt:

Wir müssen in der Partei auch neuen Ideen Stimme und Gehör verschaffen. Das war — mancher hat es vergessen — auch das Gesetz unseres Anfangs und unseres Erfolges. Damals haben wir ausgefahren Geleise verlassen, mit Mut und nicht ohne Risiko; aber genau mit dieser Politik haben wir die Menschen überzeugt.

Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, sämtliche Ideen selber zu produzieren, zu formulieren und durchzusetzen. Ich überlasse es Helmut Schmidt, die Welt auf jene Ausmaße zu beschränken, die er selber noch einzusehen vermag.

Ich will dafür sorgen — und ich bitte Sie um Ihre Hilfe —, daß unsere CDU eine vitale, eine kraftvolle Partei bleibt: offen in der Diskussion, glaubwürdig in der Sache und in den Personen, die Hoffnungen der Menschen als unsere Themen. So wollen und so werden wir siegen, siegen über eine Regierung, die sich selbst nur noch mühsam aufrechterhält.

Die Regierung spricht vor allem von Stabilität. Aber was ist das für eine Stabilität? Jede Landtagswahl wird zur Existenzfrage für die Regierung, jede Sachfrage zur Koalitionsfrage, jede Personalkrise zur Regierungsfrage, jede Regierungsvorlage zur Zerreißprobe.

Die FDP redet von Liberalismus und opfert in Wirklichkeit alles ihrem blan- ken Überleben. Die SPD hofft selbst in ihren Stammländern gar nicht mehr auf Mehrheiten; sie will schlicht und einfach nur an der Macht bleiben.

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

Sozialdemokraten und Freie Demokraten bilden ein Kartell der Macht, das die in Bund und Ländern stärkste Partei, die Union, von der Regierung ausschließt. Die scheinheiligen Argumente, die für diese Politik vorgetragen werden, überzeugten nicht einmal jene, die sie laut vortragen.

Dies ist ein ernster Vorgang: Die Stabilität unserer Demokratie lebt nicht zuletzt und vor allem auch davon, daß die Bürger die Chance haben, durch Wahlen etwas verändern zu können, daß parlamentarischer Wechsel möglich ist. Wenn erstmals in unserer Geschichte die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland unter einer Vielzahl von Parteien brüchig würde, wenn Bonn eines Tages doch Weimar werden sollte, dann soll jeder in diesem Lande wissen, wo die Ursachen liegen: Sie liegen im Verhalten von SPD und FDP. Sie liegen in ihrer Hoffart der Macht, die ohne Rücksicht auf Verluste sich an die Macht klammert.

So, wie die Regierung ihre Stabilität beteuert, so beschwört die FDP ihre angebliche Eigenständigkeit.

Wo ist denn, so frage ich, die liberale Alternative der FDP, wenn sie sich jetzt wieder in Schleswig-Holstein an einen der linkesten Landesverbände der SPD kettet, den zu unterstützen selbst der stellvertretende Parteivorsitzende Helmut Schmidt Schwierigkeiten hat?

Niemand soll sich täuschen: Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Wir wissen, was auf dem Spiel steht — für die CDU wie für die Bundesrepublik Deutschland.

Die CDU hat als stabilisierende Volkspartei das Gesicht unseres Landes ge-

prägt. Dies hat unsere gemeinsamen Erfolge erst ermöglicht. Wir tun gut daran, uns vor dem vierten Jahrzehnt unserer Geschichte an unser ungeschriebenes Grundgesetz zu erinnern: Es waren Christliche Demokraten, die unserem Land Frieden, Sicherheit und Zukunft gegeben haben.

Es waren Christliche Demokraten, die mit Konrad Adenauer auch die geistigen Grundlagen unseres Gemeinwesens gelegt haben, nämlich durch die konsequente Anbindung an die freiheitlichen Traditionen westlicher Demokratien.

Es waren Christliche Demokraten, die in Europa den Nationalismus überwunden und den Weg zur Verständigung und zum Frieden freigemacht haben.

Es waren Christliche Demokraten, die Freiheit und soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Markt auf einmalige, produktive Weise miteinander versöhnt haben in dem unvergesslichen Werk Ludwig Erhards, in der Sozialen Marktwirtschaft.

Dies ist unser Erbe, das uns verpflichtet, das uns Mut, das uns Selbstvertrauen gibt.

Und es werden Christliche Demokraten sein, die unserem Land und seinen Menschen den Glauben an ihre Zukunft wieder zurückgeben.

Es werden Christliche Demokraten sein, die hier wie in Europa die Überlegenheit der Freiheit über eurosocialistische und -kommunistische Ideologien bezeugen.

Es werden Christliche Demokraten sein, die die Soziale Marktwirtschaft so weiterentwickeln, daß sie nicht nur freiheitlichen und sozialen, sondern auch ökologischen Normen entspricht.

Und es werden Christliche Demokraten

Rede Helmut Kohl**26. BUNDESPARTEITAG**

sein, die der Welt — nach Osten wie nach Süden — die Botschaft übermitteln, daß Freiheit und sozialer Fortschritt Grenzen und Mauern überwinden.

Dies sind die Themen, die unseren Parteitag beschäftigen müssen.

Die Verabschiedung des Grundsatzprogramms kommt zum richtigen Zeitpunkt. Während sich die Koalition von Wahltermin zu Wahltermin schlept, haben wir die Chance, neue Ideen, neue Perspektiven zu entwickeln und darzustellen.

Man muß in einer Volkspartei, in einer Fraktion, in der Gruppe unserer befreundeten Länder im Bundesrat zu Kompromissen kommen. Das gehört zum Wesen, zum Auftrag der Demokratie.

Aber wenn vor lauter Kompromissen die originäre Politik, der eigentliche Wille, das Gesicht der CDU nicht mehr erkennbar sind, dann schaden wir uns selbst. Für die Wähler, die uns zur Mehrheit, zu den 50 Prozent noch fehlen, ist dann die CDU als Alternative nicht mehr sichtbar.

Wir haben ein gutes Stück auf diesem Weg in die richtige Richtung zurückgelegt. In einer Zeit, da Helmut Schmidt das Land nur noch verwaltet, schlecht verwaltet, haben wir in der Union neue Themen aufgegriffen:

— Wir haben die Grundwertediskussion begonnen;

— wir haben uns zum Anwalt der Familien gemacht, wir haben die deutsche Öffentlichkeit gegen den drohenden Bevölkerungsrückgang mobilisiert;

— wir haben uns eindeutig für die Partnerschaft von Mann und Frau, für die eigenständige soziale Sicherung und für

die finanzielle Anerkennung der Erziehungsleistung der Frau in der Familie eingesetzt;

— wir haben ein Programm für die Zukunftschancen der jungen Generation vorgelegt;

— wir haben nach den geistigen Ursachen des Terrorismus gefragt und unsere Vorschläge in die gesetzgebenden Körperschaften eingebracht;

— wir arbeiten an einer klaren Alternative zu einer immer mehr verbürokratisierten Gesellschaft;

— wir stoppen den Steuer- und Abgabenstaat, wie gerade in diesen Tagen wieder deutlich wurde, als die Koalition, gezwungen durch die Union und aus blanker Angst vor den Wählern bei den Landtagswahlen, endlich ein Stück Vernunft voranbrachte.

Die Partei handelt auf verschiedenen Ebenen; als Partei in allen Stufen unserer Organisation, in der Fraktion, im Bundesrat, in den Gemeindepaläten. Jedes dieser Aktionsfelder hat seine eigenen Gesetze und seinen eigenen Rang, aber auch seine besonderen Chancen.

Eine vernünftige Strategie kann nur heißen Arbeitsteilung und Verständnis für die Rolle des anderen. Das heißt: Die Fraktion muß wissen und unterstützen, daß die Partei langfristige Perspektiven zu entwickeln hat. Und die Partei darf die Fraktion dann nicht schelten, wenn sie um die Glaubwürdigkeit ihrer Anträge im Parlament willen bei ihren Initiativen den Rechenstift zur Hand nimmt.

Und über den Bundesrat kann noch stärker deutlich werden, daß wir dank des föderativen Prinzips voneinander lernen können. Von den CDU/CSU-re-

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

gierten Ländern gingen in diesen Jahren vielbeachtete Initiativen aus. Ich will stellvertretend für die ganze Politik drei davon nennen:

Unsere Freunde im Freistaat Bayern haben als erste ein Umweltministerium eingerichtet und sich dieser Probleme besonders angenommen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz mit den Sozialstationen und dem Kindergartengesetz ein Modell für moderne Sozialpolitik verwirklicht.

Wir haben in Baden-Württemberg ein bahnbrechendes Programm zur Förderung junger Familien eingebracht.

Greifen wir doch diese Initiativen auf. Lernen wir voneinander in allen Bereichen der Politik, und wir haben gemeinsam den Nutzen davon!

Mit solcher Politik werden wir den politischen Stillstand überwinden, zu dessen Anwalt Helmut Schmidt geworden ist. Helmut Schmidt hat die Aufgaben der politischen Führung auf eine einzige Dimension verkürzt: die bloße Verteidigung der Macht.

Er weiß so gut wie wir, daß politischer Stillstand in Wirklichkeit politischen Rückschritt bedeutet, und daß Stillstand nicht nur zu Lasten der jetzigen Generation, der heute Lebenden, geht, sondern vor allem auch zu Lasten kommender Generationen.

In seiner Rede „Politik als Beruf“ spricht Max Weber von den „zwei Todsünden auf dem Gebiet der Politik“: Von der „Unsachlichkeit“ und von der „Verantwortungslosigkeit“. „Die eitle Selbstbespiegelung in dem Gefühl der Macht“, so Max Weber, führt den Politiker „am stärksten in Versuchung“, diese Todsünden zu begehen. Wer „das Bedürfnis“ hat, „selbst möglichst sichtbar in

den Vordergrund zu treten“, ist „stets in Gefahr, sowohl zum Schauspieler zu werden wie die Verantwortung für die Folgen seines Tuns leicht zu nehmen und nur nach dem Eindruck zu fragen, den er macht“. So weit Max Weber. Treffender kann man die Politik des jetzigen Bundeskanzlers nicht beschreiben. Er fragt vor allem nach dem Eindruck, den er „macht“.

Und so tritt er auf: bei Gewerkschaftskongressen als alter Sozialist, bei Unternehmern als Gralshüter der Sozialen Marktwirtschaft, auf dem Historikertag als Geschichtskenner, vor Bürgermeistern als Bürokratiekritiker. Mit verschiedenen Zungen an verschiedenen Orten zu reden, das ist unverwechselbar Helmut Schmidt.

Die Frage muß gestellt werden: Was ist ihm zu glauben? Was meint er wirklich? Was ist gespielt, was ist vorgetäuscht? Wir sehen Masken — aber kein Gesicht. Wir hören Worte — aber sehen keine Taten. Kann ein Widerspruch dramatischer sein als der zwischen Wort und Wirklichkeit von Helmut Schmidt?

An wen soll sich der Bürger eigentlich halten?

An jenen Helmut Schmidt, der sich in seiner Gedenkrede auf Ludwig Erhard zu dessen Erben und Sachwalter ernannte?

Oder an jenen Helmut Schmidt, der im Deutschen Bundestag Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft als ein „Schlagwort ohne Verfassungsrang“ verächtlich abtat?

An jenen Bundeskanzler, der an der Bahre Hanns-Martin Schleyers feierlich versprach, daß er in der Gesetzgebung zur inneren Sicherheit von nun an

Rede Helmut Kohl

26. BUNDESPARTEITAG

nichts mehr „versäumen“ und nichts mehr „verschulden“ werde?

Oder an jenen Bundeskanzler, der dann vor einer Handvoll linker Demagogen in den eigenen Reihen in die Knie ging?

Was ist das für eine politische Führung, was ist das für ein Stil, was ist das für ein erbärmliches Beispiel, wenn aus purem Eigennutz Amt, Würde und Person des Staatsoberhauptes in den Wahlkampf gezerrt werden?

Was ist das für eine politische Führung, die in unserem Namen, im Ausland den Eindruck erweckt, als sei Kaiser Wilhelm II. wieder die Leitfigur deutscher Außenpolitik geworden?

Was ist das für eine politische Führung, die die geschichtliche Erfahrung, die Lehren vom Ende und Untergang der Weimarer Republik in den Wind schlägt und den gemeinsamen Widerstand der Demokraten gegen Verfassungsfeinde aufkündigt? Auch die Scheinwerfer des Fernsehens werden die Perspektivlosigkeit dieser Politik auf Dauer nicht überstrahlen können.

Die Politik des Kanzlers lebt von ungedeckten Wechseln auf die Zukunft — auf Kosten kommender Generationen: Es ist ein schwerer Anschlag der SPD und FDP auf die Soziale Marktwirtschaft, ihre lebensnotwendige Dynamik durch ein immer engeres Netz bürokratischer Gängelung zu ersticken.

Es ist ein schwerer Anschlag der SPD und FDP auf die Soziale Marktwirtschaft, die Inflation der Ansprüche an den Staat hemmungslos zu nähren und den persönlichen Leistungswillen zu verteufeln.

Es ist ein schwerer Anschlag der SPD und FDP auf die Soziale Marktwirtschaft, trotz steuerlicher Überbelastung des einzelnen Bürgers einen nie gekannten Schuldenberg aufzuhäufen und eine riesige Wachstums- und Investitionslücke entstehen zu lassen.

Arbeitslosigkeit, Konjunktur- und Wachstumsschwäche, Resignation und Zukunftsangst sind ein zu hoher Preis für diese Politik. Und dies alles haben die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten mitzuverantworten.

Dieser Preis steigt ständig weiter.

Das Problem einer auf Dauer ausreichenden Energieversorgung wächst zu einer Schicksalsfrage heran. Die Untätigkeit der Bundesregierung in wichtigen Fragen der Zukunftsvorsorge in der Energiepolitik wird eine immer schwere Hypothek für unser Land.

Wir können es nicht oft genug sagen: Helmut Schmidt, seine Regierung und die sie tragenden Parteien verschleudern die Substanz unseres Landes und plündern seine Zukunft aus.

Der Generationenvertrag, der die soziale Sicherheit aller, der Rentner wie der Arbeitnehmer, garantiert, ist gefährdet. Eine Sanierung — die diesen Namen verdient — der Finanzgrundlagen ist noch lange nicht in Sicht.

Die Bindungskräfte innerhalb der Familie wurden systematisch geschwächt. Die Zahl der Eheschließungen nimmt ab. Die Scheidungsrate wächst. Kinderreichtum droht zu einem sicheren Weg in die soziale, materielle Armut zu werden. Jahrelang wurden die Eltern durch diese Ideologen verunsichert, wurde ihr

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

Erziehungsauftrag in Frage gestellt. Und jetzt hat der Bevölkerungsrückgang dramatische Formen angenommen.

Die Zukunftschancen der jungen Generation haben sich verschlechtert. Die Signale der Hilflosigkeit der Jungen sind deprimierend:

Die Selbstmordrate bei Jugendlichen steigt;

die beängstigend wachsende Jugendkriminalität nimmt ein immer größeres Ausmaß an;

die besorgniserregende Flucht vieler junger Leute in Drogen, Alkohol und das Psychogift der Jugendsektoren ist unübersehbar;

und schließlich gibt es eine hohe Zahl solcher, die sich politisch radikalisieren, die unsere Gesellschaft ablehnen und die vor Gewalt nicht mehr zurückschrecken.

Das alles muß uns doch aufrütteln! Die Folgen dieser Versäumnisse zeigen sich nirgendwo deutlicher als im Bereich der inneren Sicherheit: Die blutige Gewalt durch Terroristen und die Militanz extremer Gruppen setzen sich fort. In einer Reihe deutscher Hochschulen bleiben fortgesetzte Rechtsbrüche ungeahndet, und in diesen Hochschulen wurde die Freiheit von Forschung und Lehre zerstört. Gegen geltendes Recht und gegen den Willen von Eltern und Kindern setzt sich die SPD jetzt dafür ein, daß Kommunisten und Faschisten Lehrer an unseren Schulen werden können.

Die Auszehrung der Substanz, die Gefährdung unserer Zukunft, die geistige Orientierungslosigkeit sind längst nicht nur ein Problem der Innenpoli-

tik, sondern auch ein Problem der Außenpolitik dieser Regierung. Unsere Außenpolitik ist durch Brandt, Bahr, Wehner mit Wissen und mit Billigung von Helmut Schmidt ins Gedränge gekommen.

In der Politik der Sozialdemokraten werden zunehmend Elemente sichtbar, die fortführen vom Atlantischen Bündnis, von den Vereinigten Staaten, unserem wichtigsten Freund und Partner, fort von der europäischen Einigungs-Idee. Dies trifft den Lebensnerv der Atlantischen Gemeinschaft und damit den Lebensnerv unserer Freiheit und des Friedens für unser Land.

So sieht die Halbzeitbilanz aus, die Bilanz einer Regierung, die die Probleme verdrängt und die mit dem verständlichen Wunsch des Menschen spekuliert, von Bedrohissen möglichst persönlich verschont zu bleiben.

Wir, die CDU/CSU, sind nicht bei der Diagnose stehengeblieben. Wir haben die richtigen Maßnahmen vorgeschlagen. Partei und Fraktion haben eine stolze Bilanz vorzuweisen.

Es ist an der Zeit, daß das allseits in der Partei gesehen, verteidigt und vorgetragen wird, daß wir das, was wir geleistet haben, nicht von anderen zerreden lassen, die uns mißgünstig sind.

- Wir haben eine klare und überzeugende Alternative in der Rentenpolitik vorgetragen.
- Wir haben eine deutliche Alternative in der Steuerpolitik gesetzt.
- Wir haben nicht nur von der Familienpolitik geredet, sondern Stufe für Stufe politisch machbare Initiativen vorgeschlagen.

Rede Helmut Kohl**26. BUNDESPARTEITAG**

- Unser Vollbeschäftigungspogramm ist weitgehend in Initiativen umgesetzt.
- Wir haben als einzige Partei ein Programm für die Sicherung der Zukunftschancen unserer jungen Generation eingebracht.
- Wir waren die ersten, die sich mit den geistigen Ursachen des Terrorismus auseinandersetzen, die ein klare Alternative im Bereich der Politik der inneren Sicherheit entwickelt haben.
- Wir waren es, die nicht nur über Bürokratisierung geredet haben. Wir haben Experten an den Tisch geholt, mit ihnen öffentlich diskutiert und werden in den nächsten Monaten dazu konkrete Vorschläge erarbeiten.

Das sind nur einige wenige wichtige Beispiele, die deutlich machen, was wir leisten durften und konnten. Wir haben Alternativen vorgelegt, wir haben Sachkompetenz bewiesen. Wir dürfen uns nicht auf diese Aufgaben beschränken. Wir werden uns niemals an Arbeitslosigkeit, diese Staatsverschuldung und soziale Unsicherheit gewöhnen können.

So sehr aktuelle Probleme unsere Kräfte beanspruchen, so sehr müssen wir fähig sein, über den Tellerrand des Krisenmanagements hinauszublicken.

Unser Land hat die materielle, geistige und psychologische Kraft, um mit jedem seiner Probleme fertig zu werden. Wenn wir auf diese Kraft vertrauen, wenn wir Raum zur Entfaltung schaffen, dann gibt es keine Spur eines Grundes für Resignation, für Pessimismus.

Wir müssen die Menschen dazu gewinnen, daß sie ihren aktiven eigenen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft leisten. Das wird aber in der Politik nur demjenigen gelingen, der die Menschen da-

von überzeugen kann, daß er ihr Streben nach Glück, nach Freude, nach menschlicher Erfüllung ernst nimmt, daß er dieses Streben teilt, daß er helfen will.

Einem großen Teil unserer Mitbürger geht es heute materiell gut. Dennoch stellen wir fest, daß immer mehr Mitbürger unzufrieden sind, daß immer mehr Menschen keine Hoffnung, daß sie Angst vor der Zukunft haben. Kluge Zeitgenossen sagen uns: Schuld daran ist eine weitverbreitete Orientierungs-krise. Die Menschen fragen nach einer überzeugenden Zukunftsperspektive, nach Sinngebung, weil sie wissen wollen, wohin der Weg unseres Staates, unserer Gesellschaft geht und welche konkreten Folgen sich daraus für ihr ganz persönliches Leben ergeben.

Auf diese Fragen bleibt die Regierung die Antwort schuldig. Der Bundeskanzler hat allein das Machbare für notwendig erklärt, um sich mühsam über Wasser zu halten. Er hat auch niemals den Anspruch erfüllen können, daß das Notwendige für das deutsche Volk getan wird.

Im Blick auf eine sozialistische Utopie ist den Menschen allzulange eingeredet worden, ihr Streben nach Glück sei so lange sinnlos, bis eine grundlegende Systemveränderung bessere Voraussetzungen geschaffen habe. Die Träume jener sozialistischen Utopisten sind längst zerplatzt.

Zurück blieb die Verunsicherung, das Mißtrauen, die Skepsis vieler. Es ist eine uns tief beunruhigende Tatsache, daß so viele Menschen heute meinen, sie müßten sogar ihren eigenen Gefühlen und Empfindungen mißtrauen. Die Liebe zum Vaterland, das Vertrauen in

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

unsere Verfassung und ihre Institutionen, die Bereitschaft zu persönlicher Leistung, zum Engagement, die Bereitschaft zum Verzicht, zum Dienst am Nächsten, zum Opfer, ja, sogar der Wunsch, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, all diese ganz natürlichen Empfindungen wurden in Zweifel gezogen. Deshalb warten unsere Mitbürger in unserem Lande auf eine politische Botschaft, die wieder Mut macht, Mut vor allem auch für die eigene Zukunft.

Wir müssen wieder Mut machen zur Familie und zur Erziehung. Weil es so kraß in Zweifel gezogen worden ist, wollen wir daran erinnern:

Familie ist für uns und für die Zukunft unseres Volkes der wichtigste Ort menschlicher Geborgenheit. Kinder machen bei allen Sorgen vor allem Freude, und nichts kann die natürliche Bindung zwischen Eltern und Kindern ersetzen. Kinder und Familie zu haben, wird bereits viel zu oft nur als Einschränkung und Last gesehen. Aber, Bindung und Geborgenheit innerhalb der Familie bedeuten für den einzelnen auch Sicherheit und damit ein wichtiges Stück Freiheit.

Es ist auch ein Stück menschliches Glück, Werte, Sinn und Erfahrung zwischen den Generationen einer Familie zu vermitteln. Um unser aller Zukunft willen werden wir deshalb die Familie nicht nur in materieller Hinsicht fördern. Wir wollen sie vor allem moralisch stärken und ihr wieder Mut machen, ihre ganz persönliche Erziehungsaufgabe selbstbewußt wahrzunehmen.

Wir wollen eine soziale Umwelt schaffen, die wieder familien- und kinder-

freundlich ist; der Generationenvertrag im System unserer sozialen Sicherheit wird nur dann Bestand haben, wenn wir den Familien Vertrauen und Zuversicht zurückgeben, damit auch sie wieder in Generationen denken.

Wir müssen wieder Mut machen zu Leistung und Selbständigkeit.

Kaum eine andere Tugend hat den kulturellen, geistigen und materiellen Fortschritt der Menschheit so entscheidend gefördert wie die Bereitschaft, wie die Herausforderung zu persönlicher Leistung. Dennoch ist gerade sie in den letzten Jahren von den Sozialisten verfeindet worden.

Deshalb müssen wir den Mitbürgern wieder sagen, daß die Bereitschaft zur Leistung, zur Selbständigkeit, überhaupt nichts mit Egoismus, Strebertum und Ellenbogenmentalität zu tun hat.

Der Wunsch, seine individuellen Fähigkeiten zu vervollkommen, ist von jeher einer der überzeugendsten Wege zur Selbstverwirklichung, eine Quelle der Selbstachtung und die Grundlage für persönliches Glück gewesen. Viele Menschen wissen gar nicht mehr, daß Leistung vom Ursprung her überhaupt nichts mit Streß, äußerem Druck und Konkurrenz zu tun hat.

Wir müssen deutlich sagen: Noch häufiger wird vergessen, daß Leistung keineswegs ein Privileg der Stärksten und der Tüchtigsten ist. Auch und gerade die Leistung des Mittelmäßigen, des Schwachen und des Behinderten verdient unsere Achtung und Anerkennung. Und gerade für ihn ist seine Leistung oft der Kraftquell für neuen Anfang und für die Hoffnung auf mehr Glück und Sinn.

Rede Helmut Kohl

26. BUNDESPARTEITAG

Der Wille zur persönlichen Leistung ist aber ganz gewiß nicht nur ein Weg zur Selbstverwirklichung. Er war immer auch ein wesentlicher Beitrag zur sozialen Gemeinschaft. Ohne das Streben nach Leistung würde unsere Gesellschaft erstarren.

Leistung verliert ihren sozialen Sinn, wenn sie der Menschlichkeit entbehrt. Und das müssen wir auch sagen: Was wir gegenwärtig an unseren Schulen und Hochschulen als Folge sogenannter Reformen an fehlender Kameradschaftlichkeit, an Rücksichtslosigkeit und an Opportunismus erleben, hat gar nichts zu tun mit vernünftigem Streben nach Leistung und Erfolg, dafür aber um so mehr mit dem rigorosen Verdrängungswettbewerb, dem sich viele junge Leute heute ausgeliefert fühlen.

Anstatt das Leistungsprinzip aufzuheben und den Mangel zu verteilen, muß mehr getan werden, um unseren jungen Mitbürgern größere Chancen zu eröffnen. Das ist die Pflicht unserer Politik.

Wir müssen unseren Mitbürgern auch wieder mehr Vertrauen in unsere Verfassung, in unseren Staat und in seine Institutionen zurückgeben. Wir leben in der Bundesrepublik in einem Land, das allen Bürgern ein hohes Maß an persönlicher und politischer Freiheit sichert, in dem das Recht Geltung hat, in dem die Grundrechte beachtet werden und in dem unabhängigen Richter die Regierung und die Verwaltung in ihre Schranken verweisen.

In diesem Land gibt es weder Berufsverbote noch Gesinnungsschnüffelei.

Hier blockieren Jugendsünden keinen Lebensweg und dürfen auch in Zukunft

keinen Lebensweg blockieren. So will es unser Recht, und so wollten es alle Demokraten in der Geschichte unseres Landes. Aber wir erleben gegenwärtig eine Kampagne, deren Urheber so tun, als sei all dies nicht wahr.

Soweit es sich um Kommunisten, um Feinde dieser Demokratie handelt, welche weltweit antreten, die gesamte Bundesrepublik zu verteuften, braucht uns dies nicht sonderlich zu wundern. Aber wir erleben jetzt, daß auch Sozialdemokraten und Freie Demokraten den Eindruck erwecken, der Staat mißbrauche das Prinzip der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst, um kritisches Denken einzuschüchtern und junge Menschen zu verunsichern. Ich will klar und deutlich für die CDU dazu sagen:

Jeder Bürger unseres Landes hat einen Anspruch darauf, daß ihm im öffentlichen Dienst Beamte begegnen, deren Treue gegenüber Verfassung und Recht außer Zweifel steht.

Unser Staat braucht junge Bürger, für die Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit verpflichtend sind. Denn nur dann wird sich diese Republik das Vertrauen aller Bürger auf Dauer bewahren können.

Falsch verstandene Liberalität gefährdet dieses Vertrauen. Wir haben die Lektion der Weimarer Republik begriffen. Damals waren Kommunisten und Faschisten nur in einem einig: Den demokratischen Staat zu zerstören. Das darf nie wieder geschehen!

Wir handeln mit und für die vielen Eltern und Kinder, die sich doch die Lehrer nicht aussuchen können und die jetzt die Sorge bedrückt, daß kommuni-

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

stische oder faschistische Lehrer ihre Kinder eines Tages gegen den Staat und die Elternhäuser aufhetzen.

Vor allem denken und handeln wir für die rund drei Millionen Bürger, die als Flüchtlinge aus dem anderen Teil Deutschlands gekommen sind, viele unter Einsatz ihres Lebens. Nicht wenige unter ihnen sind diesen bitteren Weg gegangen, um zu verhindern, daß ihre Kinder von kommunistischen Lehrern erzogen werden.

Wir respektieren die Gewissensentscheidung, die gerade unser Grundgesetz in vielen Bereichen für den einzelnen offenhält. Wir respektieren die wirkliche Gewissensentscheidung eines jungen Mannes, der aus religiöser oder weltanschaulicher Überzeugung den Wehrdienst mit der Waffe verweigert und einen Ersatzdienst leistet.

Aber gerade weil wir dies respektieren, respektieren wir auch die Gewissensnot von Hunderttausenden von Müttern und Vätern, die dann entstehen muß, wenn an staatlichen Schulen kommunistische und faschistische Lehrer ihre Kinder unterrichten.

Wer es für „liberal“ — so sagt man dann doch — hält, auch noch den Feinden unserer Verfassung den Zugang zur Macht und Verantwortung im Staat offenzuhalten, der verschleudert den Wert demokratischer Freiheitsrechte, der mißachtet die Lehren der Geschichte.

Der unsinnigen Vorstellung einer „Bürgerfreiheit zum Nulltarif“ hat das Bundesverfassungsgericht bereits in seinem Urteil zur Wehrpflichtnovelle eine klare Absage erteilt. Wer es nicht wagt, das Prinzip der Verfas-

sungstreue im öffentlichen Dienst entschlossen und mutig zu vertreten, der stellt doch dem demokratischen Selbstbewußtsein und der Zivilcourage gerade unserer jungen Mitbürger ein erbärmliches Zeugnis aus.

Wir in der CDU glauben nicht daran, daß sich die jungen Bürger unseres Landes durch eine Angstkampagne in ihrer demokratischen Standfestigkeit unsicher machen lassen. Es ist ein Ausdruck der Achtung vor unseren jungen Mitbürgern, wenn wir sie als mündige Demokraten ernst nehmen.

Wenn wir hier von Vertrauen im Verhältnis zwischen Bürger und Staat sprechen, dann gehört in diesen Zusammenhang auch das Thema Bürokratie. Vielen Bürgern wird es immer schwerer gemacht, den eigenen Staat und sein Verhalten zu begreifen. Bei der Wehrdienstverweigerung und in der Radikalenfrage werden die Vertrauensvorschüsse großzügig ausgeteilt. Auf der anderen Seite aber erlebt der gleiche Bürger, daß ihm der Staat in fast allen Lebensbereichen mit extremem Mißtrauen begegnet.

Eine Fülle zunehmender bürokratischer Regelungen engt seinen Handlungsspielraum immer weiter ein. Immer weiter wird der Behördenapparat zur Kontrolle ausgebaut. Viele kritisieren heute das Übermaß an Bürokratie. Aber die Verantwortlichen haben noch immer nichts Entscheidendes gegen diese Entwicklung getan.

Hier ist grundsätzliches Umdenken notwendig. Dieser Anruf richtet sich auch an uns. Wir sind im Bund Opposition. Wir sind beteiligt an der Gesetzgebung im Bundesrat und Bundestag. Wir verfügen über die Mehrheit in der Mehrzahl

Rede Helmut Kohl

26. BUNDESPARTEITAG

der deutschen Bundesländer und in vielen Gemeinden. Zunehmende Bedrückung des Bürgers durch Bürokratie ist nicht einfach die Frage einer Partei, sondern geht uns auch als Union ganz persönlich etwas an.

Wenn wir das Wort vom mündigen Bürger ernst meinen, dann muß der seit Jahren fortschreitenden sozialen Entmündigung des Menschen durch einen allzuständigen Staat in unserem Land entschlossen Einhalt geboten werden. Dies ist eine der wirklich humanen Aufgaben der nächsten Jahre. Familie und Jugend, Leistung und Selbständigkeit, Staat und Bürger, Bürokratie und mehr Vertrauen zum Staat sind Themen, die die innere und die geistige Verfassung unserer Gesellschaft, unseres Staates bestimmen.

Aber wir müssen fähig sein, darüber hinaus auch andere Probleme anzupacken. Ich will zwei Themen beispielhaft ansprechen. Umwelt, Energie und Wachstum — diese drei Begriffe umschreiben die Problemfelder, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zunehmend unsere Aufmerksamkeit verdienen. Viele von uns spüren es — und es ist in weltweitem Maßstab in den Kirchen aufgebrochen —:

Die Menschheit ist an einem kritischen Punkt ihrer Entwicklung angelangt. Ihr Überleben hängt von der Sicherung eines ökologischen Gleichgewichts ab, das zunehmend gefährdet ist. Die Grenzen des Wachstums sind, meine ich, nicht erreicht. Aber sie lassen sich nicht beliebig manipulieren und ausdehnen. Auf unserem „Raumschiff Erde“ wird zukünftig in wichtigen Punkten anders

gewirtschaftet werden müssen, als wir es bislang gewohnt sind.

Wie soll unsere Zukunft aussehen? Wir wollen eine lebenswerte und gesunde Umwelt erhalten. Dazu sind unsere Anstrengungen nötig: zum Schutz der Natur, des Wasserschatzes, der Landschaft.

Wir wollen am Arbeitsplatz Gesundheitsschäden durch Lärm und Gift, aber auch durch Monotonie ausschließen. Zur Umwelt des Menschen, wie wir sie als Christliche Demokraten verstehen, gehören auch seine Arbeitswelt und deren Humanisierung. Wir wollen eine sinnvolle Raumordnung, die die menschlichen Tätigkeiten Arbeiten, Wohnen, Freizeit und Erholung nicht immer weiter auseinanderreißt, sondern sinnvoller einander zuordnet. Wir müssen die Rohstoffquellen schonen und die Umwelttechnologie fördern.

Wir lassen uns jedoch nicht jene gefährlich falsche Alternative „Umwelt oder Wachstum“ aufschwäzen.

Wir haben in der Zwischenzeit erlebt, daß Umweltinvestitionen Wachstum fördern. Für uns sind Wachstum und Umweltschutz kein Gegensatz. Diese neuen Probleme haben vor Jahren Parteien und Politiker — wer wollte es leugnen — weithin unvorbereitet getroffen. Viele reagierten unsicher, unterschiedlich.

Einmal mehr reagierten Sozialisten und Marxisten reaktionär, die den Problemen zum Ausgang des 20. Jahrhunderts mit den Denkschablonen des 19. Jahrhunderts begegnen wollen. Defensiv verhält sich, wer auf die neuen Fragestellungen dirigistisch mit Geboten und Verboten antwortet und sich dabei hin-

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

ter den Mauern der Bürokratie verschanzt.

Hier haben wir eine großartige Chance, an eine große Tradition der CDU anzuknüpfen. Wir hatten doch schon einmal gegen den reaktionären Widerstand der Sozialisten in einer einmaligen Pionierleistung die Soziale Marktwirtschaft konzipiert und durchgesetzt. Mit dieser Sozialen Marktwirtschaft haben wir den freien Markt in den Dienst des sozialen Ausgleichs gestellt. Jetzt kommt es darauf an, meine Freunde, die Soziale Marktwirtschaft mit den Notwendigkeiten ökologischer Erfordernisse in Einklang zu bringen.

Die Sozialdemokraten behaupten — wie immer aus ihrem falschen Denken heraus —, dies sei nicht möglich, die Gefährdung der Umwelt erfordere mehr staatliche Lenkung statt marktwirtschaftliche Steuerung. Das kommt uns doch seltsam vertraut vor.

Wir begegnen hier den gleichen Argumenten, die vor 30 Jahren gegen Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft vorgetragen wurden. Damals hieß es, die Probleme des Wiederaufbaus, die sozialen Probleme seien nicht mit, sondern nur gegen den Markt zu lösen. Damals wie heute hat die Phantasie der Sozialisten nicht ausgereicht, zu einer wirklich neuen, zukunftsträchtigen Lösung durchzustoßen. Damals wie heute ist es die große Chance der Union, nicht nur die Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen, sondern im Blick nach vorne — auf neue Problemstellungen — weiterzuentwickeln. Lassen Sie uns das doch ganz offen sagen: Umweltschutz ist eine große konservati-

ve Aufgabe mit Zukunft, und wir wollen sie anpacken.

Wir brauchen Wachstum, um unsere sozialen Aufgaben zu erfüllen und unsere Zukunft lebenswert zu halten. Es gibt junge Menschen — ich sage offen: oft recht sympathische junge Leute —, die nach alternativen Lebensformen suchen. Aber „das einfache Leben“ ist kein Rezept und kein Ideal für alle. Es muß andere Möglichkeiten geben. Das sage ich auch jenen, die das einfache Leben unbedingt aus ihrer persönlichen Überzeugung wollen. Das radikale Postulat des einfachen Lebens wird doch zum Terror für alle, wenn man es verbieten oder Wirtschaft und Gesellschaft auf dieser Maxime aufbauen wollte.

Es geht hierbei nicht nur um ökonomische und technische Fragen, sondern auch um zutiefst menschliche und moralische Probleme. Auch und gerade an diesen Fragen, so glaube ich, entscheidet sich unsere Solidarität zu künftigen Generationen.

Wenn z. B. der Bau von Kernkraftwerken gestoppt wird und die Energiepreise in die Höhe schnellen, können die westlichen Länder noch einigermaßen mithalten. Die Zeche werden aber jene Entwicklungsländer zu zahlen haben, die das Öl zum nackten Überleben brauchen. Wir sollten es deutlich, mit Mut und Entschlossenheit, sagen: Wer ein Kernkraftmoratorium befürwortet, plädiert — auch wenn er es nicht weiß und nicht begreift — dafür, heute das Brot für die Welt von morgen zu verbrennen.

Wir werden am 1. und 2. März des kommenden Jahres in Bonn in einer großangelegten Fachtagung mit Wis-

Rede Helmut Kohl

26. BUNDESPARTEITAG

senschaftlern und Experten diesen ökonomisch-ökologischen Dialog aufnehmen und weiterführen. Für uns geht es dabei nicht zuletzt um die Frage, wie die falsche Alternative Umwelt oder Wachstum aufzulösen ist, was „Fortschritt“ in Zukunft noch heißen und welche Richtung er nehmen soll und wie auch im dritten Jahrtausend eine menschliche Zukunft in Freiheit nach unserer Überzeugung möglich ist.

Ich habe einige der großen Probleme der deutschen Innenpolitik angesprochen. Sie erfüllen uns mit tiefer Sorge. Wir dürfen uns dadurch aber nicht den Blick für die Aufgaben außerhalb der Grenzen unseres Landes verstellen lassen.

Außenpolitik ist mehr als ein Instrument zur Lösung bloßer innenpolitischer Probleme. Unsere Verpflichtung, das freie Europa zu einigen und den Frieden in der Welt zu sichern, verlangt eben mehr als nur die Überlegung, wie wir Währungsfragen lösen.

Unsere Verpflichtung für die Allianz der freien Welt ist mehr als die Sicherung des militärischen Gleichgewichts zwischen den Blöcken. Entspannungspolitik, Friedenspolitik ist für uns mehr als wirtschaftliche und wissenschaftlich-technologische Kooperation.

Dies gilt auch und nicht zuletzt für unsere Nord-Süd-Politik. Sie kann sich nicht nur — so wichtig dies gewiß auch ist — auf einen Teil, etwa auf den südlichen Teil Afrikas oder die Frage der Sicherung der Rohstoffquellen beschränken. Wir tragen als Bundesrepublik gegenüber den Entwicklungsländern Verantwortung, weil wir nach wie vor eine der stärksten Industrie- und Handelsnationen der Welt sind und weil

wir, die CDU, eine Partei sind, die sich zu einer Politik aus christlicher Verantwortung verpflichtet weiß.

Die Probleme der dritten Welt sind vielschichtiger und schwieriger geworden. Nach dem Entwicklungsbericht der Weltbank in diesem Jahr leben noch immer rund 800 Millionen Menschen in absoluter Armut, mit einem Einkommen von unter 500 DM im Jahr, was für eine menschenwürdige Ernährung viel zu wenig ist. 40 Prozent der Bevölkerung der Entwicklungsländer sind davon betroffen.

Wenn die Entwicklung im bisherigen Tempo und Ausmaß anhält, wird es im Jahre 2000 noch immer 600 Millionen absolut Arme geben. In den nächsten 20 Jahren müssen jährlich mehr als 300 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, um allein mit dem natürlichen Zuwachs an Arbeitskräften Schritt halten zu können. Es sollte niemand hier im Raume glauben, sich heute noch jenen Luxus wie zu Goethes Zeiten erlauben zu können, einfach zuzuschauen, wenn fern in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen. Diese Entwicklung in der Welt, diese Bilanz muß uns zutiefst aufwühlen.

Niemand von uns weiß, ob diese schwelende Krise nicht irgendwann — vielleicht noch zu Zeiten unserer Generation — wie ein Vulkan ausbricht. Deswegen können wir es nicht beim bloßen karitativen Appell belassen.

Wir dürfen uns keinen Illusionen über die notwendigen Mittel zur Linderung dieser Armut hingeben. Wenn wir die knappen Mittel und Ressourcen nicht verschwenden wollen, brauchen wir eine klare Politik, realistische Zeitpläne

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

und geeignete Maßnahmen. Das wäre ein wirklicher Beitrag für den Frieden, den wir leisten müssen, den wir leisten wollen, auch wenn ich weiß, daß diese Fragen in breiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit und in der eigenen Partei nicht sonderlich populär sind. Nicht das, was populär ist, ist vor der Geschichte richtig. Es kommt darauf an, daß wir erkennen, daß die Geschichte durch Zeit und Raum geht und wir uns unserer Verantwortung gemäß entsprechend einrichten.

Gerade unsere jungen Mitarbeiter haben ein feines Gespür dafür, ob wir, die politisch Verantwortlichen in dieser Generation, in der Lage sind, persönlichen und nationalen Egoismus zu überwinden.

Neben den absolut armen Ländern gibt es die Gruppe der Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen und als dritte Gruppe die der ölexportierenden Länder. Ihr Anteil am Welthandel wächst. Immer häufiger sind sie unsere Partner, häufig jetzt auch schon unsere Gläubiger. Wer dies sieht, weiß, daß Entwicklungshilfepolitik längst nicht mehr ein humanitäres Problem zwischen denen, die geben, und solchen, die empfangen, ist.

Wir erkennen, daß das Wachstum der Entwicklungsländer in den vergangenen Jahren auch die Exporte der Industrienationen ankurbelte. Das Wachstum der internationalen Wirtschaft hat zu höherem Wachstum in vielen Entwicklungsländern beigetragen. Die Abhängigkeit nimmt nicht ab; sie nimmt zu. Unser Ziel muß es sein, nicht nur die Armut zu verringern, sondern zugleich auch das Wachstum zu beschleunigen.

Daran muß die Bundesrepublik, eine der großen exportorientierten Nationen der Welt, interessiert sein. Unser Beitrag darf nicht nur darin bestehen, daß wir unsere eigene wirtschaftliche Erholung beschleunigen; wir müssen vielmehr auch zur Lösung der Weltwirtschaftsprobleme beitragen. Unser Beitrag, meine Freunde, muß beispielsweise auch darin bestehen — hier stehen wir in der Verantwortung, weil wir in vielen Ländern der Bundesrepublik die Landesregierungen und die Kultusminister stellen —, daß wir unsere Kinder ermutigen, Sprachen — Spanisch, Portugiesisch oder Arabisch — zu lernen. Wenn jetzt vereinbart wurde, daß in den nächsten Jahren 450 chinesische Studenten als herzlich willkommene Gäste zu uns kommen, dann müssen auch junge Deutsche in die Volksrepublik China hinübergehen und dort studieren, um einen weltweiten Austausch auch im Geistigen zu ermöglichen.

Es ist eine zutiefst bedrückende Bilanz, daß immer weniger junge Bürger bereit sind, für einige Studien- oder Arbeitsjahre ins Ausland zu gehen.

Es ist ein barer Hohn: Wir haben gegenwärtig einen Kanzler, der sich gern schon als Weltkanzler feiern läßt, und gleichzeitig ist die Zahl von deutschen Studenten und Schülern, die im Ausland lernen und studieren, so niedrig wie nie zuvor. Das Land droht zur geistigen Provinz zu werden. Das ist ein schlimmer Hinweis auf die Zukunft der Bundesrepublik.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal die Grundsätze unserer Politik zusammenfassen:

Rede Helmut Kohl

26. BUNDESPARTEITAG

Unser Leitbild ist die Person, die unverwechselbare Persönlichkeit des einzelnen, der freie — nicht der verwaltete, der selbständige — nicht der bevormundete Bürger. Deshalb sieht unsere Politik anders aus als die der Sozialisten. Unser Bild vom Menschen trägt weder ideologische noch utopische Züge. Wir machen Front gegen die sozialistische Maxime, wonach die Gesellschaft der Schlüsselbegriff der Politik sei — nicht der Mensch mit seinen Grundrechten und Grundfreiheiten, mit seinem Anspruch auf persönliches Glück.

„Demokratie ist mehr als eine parlamentarische Regierungsform“, schreibt Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen. Er sagt: „Demokratie ist eine Weltanschauung. Sie wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Wert und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen. Eine echte Demokratie muß diese unveräußerlichen Rechte und den Wert eines jeden einzelnen Menschen achten im staatlichen, im wirtschaftlichen und kulturellen Leben.“

Nehmen wir diese großartigen, unvergesslichen Worte Konrad Adenauers so, wie sie verstanden werden müssen: als ein Vermächtnis für die Christlich Demokratische Union Deutschlands, als

einen Auftrag an uns alle, für unsere Ziele mit nie versiegendem Mut, mit entscheidender Leidenschaft, mit äußerstem Einsatz zu kämpfen.

Eine lebendige Republik freier Bürger zu schaffen, das ist unsere politische Auftrag für Deutschland. Denn nur unsere Politik setzt jene schöpferischen Kräfte im Menschen frei, die unser Land so bitter nötig hat, wenn es die Zukunft meistern will.

Menschlichkeit, Güte, Treue, Verantwortungsbewußtsein, Fleiß, Pflichtgefühl und Opferbereitschaft, das sind die Tugenden freier Bürger. Ohne diese Tugenden hätte dieses Land aus den Trümmern, die uns die menschenverachtende Politik der Nationalsozialisten hinterlassen hat, nicht herausfinden können. Ohne diese Tugenden kann unser Land die Herausforderungen nicht bestehen, die vor uns liegen, den Berg der Probleme nicht abtragen, den eine falsche Politik mittlerweile aufgetürmt hat. Das ist Politik für die Zukunft.

So rufe ich Sie alle auf: Setzen Sie sich mit aller Kraft für dieses Ziel ein. Wir können und wir werden diesen Kampf gewinnen — wenn wir nur wollen. Wir müssen hart arbeiten, wir müssen mutig kämpfen. Tun wir unsere Pflicht!

26. BUNDESPARTEITAG

Heiner Geißler:

Wir sind die soziale und freiheitliche Alternative zum Sozialismus

In den Mittelpunkt meines Berichtes möchte ich die zentrale Frage stellen, die uns in den letzten Wochen neben dem Grundsatzprogramm am meisten bewegt hat: Wie können wir bei den vor uns liegenden Wahlen und vor allem 1980 in Bonn eine regierungsfähige Mehrheit erreichen? Viele haben doch gefragt: Ist es ein politisches Naturgesetz, daß eine Opposition zwar her-

vorragend abschneiden, aber durch eine Wahl den Wechsel nicht herbeiführen kann? Diese Frage läßt sich nicht beantworten, wenn man aus ihr eine Glaubensfrage macht, und wenn man unbewiesene Hypothesen aufstellt. Sie kann nur richtig beantwortet werden, wenn wir die Fakten vorurteilsfrei analysieren und daraus die richtigen Konsequenzen ziehen.

Was steht uns denn eigentlich an objektiven Erkenntnissen zur Verfügung, um eine gesicherte Antwort zu erhalten?

1 Die CDU hat in sämtlichen Landtagswahlen gegenüber der Bundestagswahl gewonnen: in Hamburg 1,7 Prozent, in Niedersachsen 3 Prozent, in Hessen 1,2 Prozent. Lediglich in Bayern bei der CSU gab es einen leichten Rückgang von 0,9 Prozent. In Niedersachsen hat die CDU mit Ernst Albrecht zum ersten Mal die absolute Mehrheit und die Regierungsverantwortung in einer Landtagswahl gewonnen. Wir werden den

Niedersachsen beim Ausbau ihrer Mehrheit mit allen Kräften helfen.

Ich komme zu Hessen: Die CDU ist im Stammland der SPD nunmehr in drei Wahlen bestätigt, die stärkste politische Kraft geworden. Ich bin davon überzeugt, daß die deutsche Publizistik dies, wenn es der SPD in einem Stammland der CDU gelungen wäre, als einen Erdrutsch und als einen haushohen Sieg bezeichnet hätte.

Nun ist dies der SPD noch nie gelungen, und es wird der SPD auch nicht gelingen. Aber für diese großartige Leistung von Alfred Dregger und der hes-

Rede Heiner Geißler

26. BUNDESPARTEITAG

sischen CDU möchte ich ihm und seinen Parteifreunden unsere Anerkennung und den Dank des Parteitages aussprechen.

② Uns fehlen nur wenige Stimmen, die wir dem politischen Gegner hätten abnehmen müssen. Bei der Bundestagswahl waren es 350 000 und in Hessen 85 000.

③ Der von der CDU noch benötigte Zuwachs verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen. Zum Beispiel bei den Frauen, den älteren Bürgern und bei den jungen Wählern war der Zuwachs geringer als bei anderen Bevölkerungsgruppen. Hätte der Zuwachs bei den Frauen 1976 ebenfalls 4,2 Prozent für die Union wie bei den Männern betragen und nicht nur 2,8 Prozent, hätte die Union bereits knapp die absolute Mehrheit erreicht.

Ähnlich war es bei den Wählern im Rentenalter. In den letzten Landtagswahlen hat das Wahlverhalten von Angestellten und Beamten, von Beschäftigten im tertiären Sektor und von Bürgern mit überdurchschnittlichem Bildungsniveau ein sehr flexibles und dem Wechsel zugeneigtes Wählerpotential signalisiert.

④ Die fast absolute Konzentration der Stimmen auf die Parteien CDU/CSU, SPD und FDP beweist, daß die CDU die wenigen fehlenden Stimmen nur von jenen Wählern bekommen kann, die — dies ist die politische Logik — das letzte Mal SPD und FDP gewählt haben.

⑤ Unter der Oberfläche scheinbar stabiler Macht- und Parteienblöcke und festgefairener Prozentsätze bewegen sich mehr Wechselwähler als früher von einer Partei zur anderen. Der Parteiewchsel erreichte 1976 bei der Bundestagswahl ein Volumen von rund 2,4 Mil-

lionen Wählern; das sind 6 Prozent der Wahlberechtigten.

Was folgt aus dieser Analyse? Ich möchte eine Vorbemerkung machen. Aus dieser Analyse folgt zunächst etwas Wichtiges: Der Grundkurs stimmt; denn sonst kann man nicht ständig 46 Prozent, 50 Prozent und mehr Stimmen gewinnen. Und dies ist unser Grundkurs. Wir sind die soziale und freiheitliche Alternative zum demokratischen Sozialismus. Das bringt uns die Zustimmung von rund 50 Prozent der Wähler. Dieser Wahlerfolg ist, verglichen mit allen anderen Parteien in ganz Europa, einma-

lig.

Aber wir müssen jetzt noch ein Stück weiter denken. Worauf kommt es an, wenn wir diese Analyse richtig werten?

1. Wir müssen verhindern, daß die Wähler der CDU, die noch keine Stammwähler sind, das nächste Mal wieder abwandern.
2. Wir müssen erreichen, daß Wechselwähler, die das letzte Mal SPD oder FDP gewählt haben, den Sprung zur CDU schaffen. Für diejenigen, die uns bisher noch nicht gewählt haben, die wir aber gewinnen können, müssen wir die Hürden nicht höher, sondern niedriger machen. Ich glaube nicht, daß wir dieses Ziel mit aggressiver Sprache, Hauruck-Methoden und einer den nachdenklichen Wähler abstoßenden Polarierung erreichen können.
3. Wir haben in Hessen das letzte Mal 46 % erreicht. Bei der Bundestagswahl hatten wir 48,6 %, und in allen Meinungsumfragen liegen wir seit Oktober 1976 zwischen 49 und 51 %. Halten wir uns nicht mit der gegnerischen Propaganda auf: Wir stehen nicht vor einer naturgesetzlichen Schallmauer. Die Po-

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

litik hat es mit lebendigen, denkenden und fühlenden Menschen zu tun, die man überzeugen kann.

Diese Überzeugung, daß wir andere überzeugen können, dürfen wir nicht aufgeben. Wir müßten sonst aufhören, Politik zu machen. Deswegen lautet die Folgerung für mich, für uns alle:

Wir können die wenigen fehlenden Stimmen gewinnen, wenn wir uns nicht den Luxus leisten, vermeidbare Fehler zu machen, und wenn wir dem Erfahrungssatz folgen, den ich das „Gesetz der Sachkompetenz“ nenne.

Was sagt dieses politische Gesetz? Je höher die Sachkompetenz einer Partei, desto höher ist — mit einem zeitlichen Abstand — die Zustimmung zu dieser Partei. Das heißt: Der Sachkompetenz der Partei folgt die Präferenz der Wähler.

Je überzeugender eine Partei Antworten auf die realen Probleme der Bürger und des Landes gibt, desto mehr vermag sie den Bürger zu überzeugen, und desto größer sind ihre Chancen, Zustimmung zu finden.

Nach dieser Erkenntnis habe ich meine Arbeit als Generalsekretär ausgerichtet. Es ist nicht aussichtsreich, auf konkrete politische Arbeit zu verzichten und dafür auf genialische Konstruktionen und Einfälle zu hoffen, mit denen sich der Erfolg angeblich ganz von selber einstellt. Genie ist Fleiß, sagt Fontane, und noch immer gilt der Satz von Max Weber: Politik ist das geduldige Bohren dicker Bretter.

Dies muß unser Mehrheitsmodell sein, das allerdings keinen bequemen Weg verspricht. Das große Ziel war und ist, diesem Gesetz der Sachkompetenz als Voraussetzung für den Wahlsieg gerecht zu werden.

Vor eineinhalb Jahren hat es geheißen, die CDU habe keine Alternativen. Heute ist davon keine Rede mehr. Es ist schon umgekehrt. Mancher von denen, die uns damals Mangel an Alternativen vorgeworfen haben, flüchtet sich heute in den Vorwurf, wir hätten zu viele Alternativen. Aber können wir überhaupt ein wichtiges Thema vernachlässigen, wenn uns ein paar zehntausend oder hunderttausend Stimmen fehlen?

Wir sollten über dieses Problem in aller Ruhe argumentativ sprechen. Aber wir wissen aus der Erfahrung, bestätigt durch die Wahlforschung, daß in der Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung für die Opposition eine Beschränkung auf zwei oder drei Themen, seien sie auch noch so bedeutsam, zu einer Einschränkung der Wahlchancen führt. In Wirklichkeit gibt es für die Opposition nur ein Thema, nämlich die Wahl zu einem Plebisitz für die CDU als die umfassende bessere Alternative zu machen, bei jungen wie bei älteren Wählern, in der Stadt und auf dem Land, bei Angestellten und Arbeitern, beim Hochschullehrer wie beim Hüttenarbeiter, bei dem protestantischen Wähler in Hamburg wie beim Katholiken im schwäbischen Oberland.

Wir bekennen uns im Grundsatzprogramm dazu, daß die Menschen unterschiedlich sind und ein Recht darauf haben, in ihrer Unterschiedlichkeit ernst genommen zu werden. Wer alle über einen politischen Leisten schlägt, wird keinem gerecht. Der Wähler ist kein politischer Homunculus, den sich die Partei erfinden kann.

Liebe Parteidreunde, Sie kennen unsere Sachprogramme. Der zunehmende Erfolg hat dieser Konzeption recht gege-

Rede Heiner Geißler

26. BUNDESPARTEITAG

ben. In zentralen Bereichen der Politik wird der CDU inzwischen die größere Sachkompetenz zur Lösung der Probleme zugesprochen. Dies gilt nicht nur für die traditionellen Bereiche wie innere Sicherheit, Wirtschafts- und Finanzpolitik. In den letzten zwei Jahren ist es uns zum ersten Mal gelungen, auch in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen, uns dem Bürger als die überzeugendere Alternative einzuprägen.

Nach den letzten demoskopischen Umfragen betrug der Kompetenzvorsprung der Union gegenüber der SPD z. B. für die Überwindung der Arbeitslosigkeit 6 Prozentpunkte und für die Sicherung der Renten 10 Prozentpunkte.

Selbst 25 % der SPD-Anhänger sagen, daß die Union ihre Aufgaben zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Renten gut mache. Dies ist besonders deshalb von Bedeutung, weil vom Interesse der Bürger her gesehen der Lösung dieser Aufgaben der größte Rang zukommt. Ich frage: Wäre dies möglich gewesen, wenn die CDU darauf verzichtet hätte, die politischen Programme zu erarbeiten, die der Parteivorsitzende heute morgen genannt hat? Ich will sie nicht mehr aufzählen. Sie wurden erarbeitet auch mit neuen, erfolgreichen Arbeitsmethoden, mit Analysen und Dokumentationen, mit wissenschaftlich und international anerkannten Fachkongressen. Wenn man heute in eine deutsche Buchhandlung geht, kann man die Ideen und Vorschläge der CDU in von renommierten Verlagen in hoher Auflage herausgegebenen Sachbüchern kaufen. Wir sind dabei, das linke Monopol politischer Sachbücher zu brechen.

Etwas ist inzwischen klargeworden: Die

Koalition zielt darauf ab, diese Konzeption zu durchkreuzen. Der Bundeskanzler hat in den letzten Wochen und Monaten wiederholt erklärt — ich zitiere wörtlich, stellvertretend für viele Aussagen —: „Die Oppositionsparteien gefährden den äußeren Frieden, und sie gefährden den sozialen Frieden.“

Diese denunziatorische Strategie können wir nur durch unsere Strategie der Sachkompetenz ins Leere laufen lassen. Wir müssen klarmachen und beweisen, daß jene Strategie beim Wähler, beim Bürger kein Fundament finden kann.

Aber diese Verdächtigung durch den Bundeskanzler hat auch eine politisch-moralische Kategorie. Man muß sich einmal klarmachen, wen Schmidt mit dem „sozialen und nationalen Risiko“, mit der Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit, der Gefährdung des inneren und äußeren Friedens eigentlich meint.

Er meint die Partei Konrad Adenauers, die Partei Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers, die Partei des Wiederaufbaus unseres Vaterlandes, die Partei der deutsch-französischen Auseinandersetzung, der Atlantischen Gemeinschaft, die Partei der dynamischen Rente, die Partei der Vertragstreue und die Partei, aus deren Reihen im nächsten Jahr der Bundespräsident gewählt wird.

Ich wiederhole: Dies sagt Helmut Schmidt über unsere Partei, die den Bundestagspräsidenten stellt, die sechs Ministerpräsidenten stellt und — ich sage es noch einmal — aus deren Reihen der nächste Bundespräsident kommen wird.

Wir seien ein „nationales und soziales Risiko“, sagt ein Kanzler, der die bruttolohnbezogene Rente abge-

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

schafft hat, dessen Regierungszeit durch Rentenlüge, Arbeitslosigkeit, Vertragsbruch und Wortbruch geprägt ist.

Er hat die Stirn, unsere Partei, die Christlich Demokratische Union, als „soziales und nationales Risiko“ zu bezeichnen. Wer so redet, zerstört, Herr Bundeskanzler! Herr Biedermann als Brandstifter.

Die höhere Sachkompetenz, die wir haben, führt aber nicht sofort und automatisch zur Mehrheit. Es müssen Fehler vermieden werden. Ich will hier drei Fehler nennen oder — besser noch — umgekehrt drei Voraussetzungen anführen, die erfüllt sein müssen, damit höhere Sachkompetenz sich in eine positive Entscheidung des Wählers umsetzt.

1. Eine Partei muß glaubwürdig sein.
2. Sie muß ihr Programm durchsetzen.
3. Sie muß einig sein!

Was heißt „glaubwürdig“? Glaubwürdig ist eine Volkspartei nur dann, wenn sie nicht einseitig wird, sondern den ganzen Reichtum ihrer tragenden Ideen voll ausschöpft.

Durchsetzungsfähig ist die Partei, wenn sie fälligen Entscheidungen nicht aus dem Weg geht, wenn sie den Mut hat, zu entscheiden.

Einigkeit bedeutet nicht das Verbot zu denken und zu reden und bedeutet vor allem nicht, Parteifreunde, die Neues und anderes denken, gleich in die linke oder rechte Ecke zu stellen. Der Streit um die bessere Lösung und die darauf folgende Mehrheitsentscheidung sind für eine Volkspartei unverzichtbar.

Unser Selbstbewußtsein erweist sich in offener Diskussion und im gemeinsamen Handeln. Einigkeit, wie ich sie verstehe, bedeutet, Konsens in den

Grundsätzen und Loyalität zur Partei und den gewählten Repräsentanten.

Was müssen wir daher klarmachen? Es ist eine alte Weisheit, die wieder Gel tung haben muß: Unsere Mitglieder sind zunächst Mitglieder der CDU und erst dann Mitglieder einer Vereinigung oder eines parlamentarischen Arbeitskreises. Konkret zur Sache heißt das: Die Gleichsetzung von Sozialpolitik und Sozialausschüssen würde das Bild der Union als Volkspartei verengen, denn alle Mitglieder der CDU bekennen sich zur Sozialen Marktwirtschaft.

Die Sorge um die Erhaltung des Marktes und eines geordneten Wettbewerbs ist ein Anliegen der ganzen Partei und nicht nur der Unternehmer und der Selbstständigen.

Ich würde es begrüßen, vom Wirtschaftsrat öfter Bekenntnisse zur sozialen Gerechtigkeit und von den Sozialausschüssen öfter Bekenntnisse zum Markt zu hören.

Wer Soziale Marktwirtschaft sagt, damit aber nur Wettbewerb meint, ist vom Verständnis der Union von Sozialer Marktwirtschaft ebenso weit entfernt wie der Bundeskanzler, für den die Soziale Marktwirtschaft ein Schlagwort ist.

Glaubwürdigkeit bedeutet also für die CDU Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung, Wehrpflicht und Achtung des Gewissens, Anerkennung der Leistung der Frau im Erwerbsleben und in der Familie.

Wenn dies wieder klar ist, wird der künstliche Streit um die Frage, was die Mitte der Partei ist, zur historischen Makulatur. Ob wir in der Lage sind, unsere Programme im Parlament und in der Regierung durchzusetzen — alle Parlamentarier werden es mir nach-

Rede Heiner Geißler

26. BUNDESPARTEITAG

sehen, wenn ich dies als Generalsekretär einmal sage —, berührt auch das Selbstverständnis von vielen hunderttausend Mitgliedern, die bei uns in der Erwartung eingetreten sind, auf die Gestaltung des politischen Lebens Einfluß nehmen zu können.

Wir wollen kein imperatives Mandat. Wir sind entschieden Gegner des imperativen Mandats. Ebenso deutlich muß aber gesagt werden: Unsere Parteitagsbeschlüsse sind nicht für politische Festtage, sondern für den Alltag und für die Zukunft der Bürger gemacht.

Auf jeden Fall dürfen wir unsere Programme nicht so lange liegen lassen, bis wir sie eines Tages beim politischen Gegner wiederfinden und wir uns dann noch vorhalten lassen müssen, wir hätten bei den anderen abgeschrieben, denn dies kommt dann noch hinzu.

Durchsetzungsfähig wird die Opposition im übrigen nur sein, wenn sie selbstbewußt bleibt und sich innerlich nicht von jedem Leitartikel umwerfen läßt.

Zur Durchsetzungsfähigkeit gehört, daß die CDU sich den finanziellen Spielraum für ihre Alternativen nicht von der Bundesregierung vorschreiben läßt. Wenn Herr Ehrenberg erklärt, das Defizit in der Rentenversicherung betrage 30 Milliarden DM, dann wissen wir nur eines mit Sicherheit, nämlich daß das nicht stimmt.

Wenn Herr Matthöfer erklärt, es sei kein Geld mehr in der Kasse, dann wissen wir nur eines mit Sicherheit, nämlich, daß er vor der nächsten Wahl Milliarden aus dem Hut zaubert, mit denen er dann sozialistische Wahlgeschenke finanziert. Ich habe noch keinen SPD-Finanzminister erlebt, der, bevor er zurückgetreten ist, die Wahrheit gesagt hat.

Unsere Devise ist nicht, um auch dies klar zu sagen: immer höhere Ausgaben, überall noch 10 oder 20 DM drauflegen. Unsere Devise lautet vielmehr: Überflüssiges einsparen — ein Kernstück der Neuen Sozialen Frage —, wobei wir im übrigen auch einmal den Mut aufbringen sollten, selber zu sagen, wo wir etwas einsparen wollen. Das gehört zur Redlichkeit in der Politik.

Unsere Devise lautet: Überflüssiges einsparen, um das Notwendige und Rettige finanzieren zu können.

Wie steht es um die dritte Voraussetzung, die Einheit der Partei? Kann uns jemand die Frage beantworten, wie wir nachdenkliche Wähler, um die es uns doch geht, davon überzeugen wollen, CDU zu wählen, wenn eigene Leute von ihr offenbar nicht mehr überzeugt sind? Was hat denn eigentlich das einfache Mitglied in den letzten Monaten gedacht, wenn es morgens manchmal die Zeitung aufgeschlagen hat?

Wenn wir einen Stimmenanteil von 45 oder 48 % haben und uns noch ein paar Stimmen fehlen, die wir von Leuten bekommen können, die einmal so und einmal so wählen und für die es entscheidend darauf ankommt, welches Bild diese Partei macht, ist es doch legitim, sich einmal ein Szenario vorzustellen, aber nicht etwa so, wie es war, sondern so, wie es hätte sein können. Stellen wir uns doch einmal vor, CDU und CSU hätten sich in den vergangenen Jahren immer als eine geschlossene Gemeinschaft, einig in den Personen und in der Sache präsentiert. Ist das unmöglich? Es wäre doch möglich. Man kann sich das doch denken.

Stellen wir uns vor, das eine oder andere Sachprogramm, von der CDU be-

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

schlossen, wäre von einigen Leuten nicht als sozialdemokratisches, sondern als christlich-demokratisches Gedanken-gut vorgestellt worden?

Stellen wir uns einmal vor, uns allen bekannte Mitglieder der CDU hätten zur Abwechslung einmal ihren Parteivorsitzenden gelobt und dafür die Regierung kritisiert.

Es ist doch klar: Eine Mannschaft kann natürlich nur schwer gewinnen, wenn einzelne Stürmer auf das eigene Tor schießen.

Es ist auch wenig erfreulich, wenn bei gegnerischen Angriffen einige Spieler das Feld verlassen und auf der Tribüne Platz nehmen.

Wäre also dieses Szenario Wirklichkeit geworden — und ich vermag nicht einzusehen, warum es nicht Wirklichkeit werden kann —, wir hätten die Wahl gewonnen.

Wir bewerben uns erneut beim Wähler. Wie muß das Anforderungsprofil der CDU aussehen?

Ich fasse es zusammen:

Sensibel für Bürger und Land, glaubwürdig in Wort und Tat, selbstbewußt gegenüber Freund und Feind und einig —

das ist unser Profil, das wir brauchen.

Zur Vorbereitung einer siegreichen Wahlentscheidung gehört es aber auch, vorhandene Schwierigkeiten und die Macht des politischen Gegners nicht zu unterschätzen. Wir kennen zwar die Schwächen dieser Regierung nur zu gut, aber sie hat Macht, nämlich den Apparat, Geld, Ämter, die Propaganda. Sie kann Privilegien verteilen und macht denen Schwierigkeiten, die sie behindern. Über dieses Instrumentarium zur

Machtentfaltung und zur Machterhaltung verfügt die Opposition nicht. Die Opposition ist auf die Kraft des Arguments angewiesen. Ihre Macht ist das Wort, ihr Medium ist die Sprache.

Die Medien verhindern Chancengleichheit in der Demokratie, wenn sie die Opposition sprachlos stellen.

Es ist meine Pflicht, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß innerhalb der CDU, bei ihren Mitgliedern, den Anhängern und den Wählern — und dies ist die Hälfte des gesamten Volkes — die Unruhe und der Zweifel darüber wachsen, ob die öffentlich-rechtlichen Medien dieser Aufgabe, Chancengleichheit zu gewährleisten, noch gerecht werden.

Viele Bürger wollen sich nicht länger damit abfinden, daß bestimmte Anstalten einseitig die Regierungsparteien bevorzugen.

Die Medienfrage ist nicht eine Frage von vielen anderen. Sie ist eine verfassungspolitische Grundfrage unserer Demokratie, eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale unserer freiheitlichen Ordnung gegenüber totalitären Systemen. Totalitäre Systeme schaffen zuerst die Presse- und Informationsfreiheit ab. Daraus folgt umgekehrt, daß die Presse- und Informationsfreiheit notwendiger Bestandteil unserer freiheitlichen Demokratie ist.

Diese Erkenntnis verpflichtet uns als große Partei dazu, das Thema Medien sorgfältig, ernsthaft und ohne unangemessene Parteilichkeit zu behandeln. Wir müssen jedoch mit allem Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß nach unserer Meinung die Presse- und Informationsfreiheit in den öffentlich-rechtlichen Medien heute nicht mehr so sehr vom Staat ge-

Rede Heiner Geißler

26. BUNDESPARTEITAG

fährdet wird, sondern durch die Medien selber, durch ihre gegenwärtige Struktur, durch das einseitige Verhalten vieler, die in den Medien tätig sind und dort Einfluß und Macht ausüben.

Sollten sich die medienpolitischen Ziele der SPD durchsetzen, dann würde dies in der Tat einen Rückfall in vordemokratische Zustände bedeuten. Die Warnung Gert von Paczenskys vor dem „Sturm der Linken auf Radio Bremen“, seine Frage, ob „die Linke dort einen Privatsender“ bekomme, beleuchtet nur einen besonders krassen Einzelfall. Die SPD will offenbar die Medien als Instrument ihrer Macht. Dies ist die Konsequenz, die wir daraus zu ziehen haben. Die Kennzeichen einer solchen Regierungspropaganda wurden schon vor langer Zeit von Heinrich von Kleist mit dem Blick auf Napoleon — aber es läßt sich leicht übertragen — kurz und präzise dargestellt. Er sagte:

„Die französische Journalistik ist die Kunst, das Volk glauben zu machen, was die Regierung für gut findet. Die zwei obersten Grundsätze lauten: Erstens: Was das Volk nicht weiß, macht das Volk nicht heiß. Zweitens: Was man dem Volk dreimal sagt, hält das Volk für wahr.“

Nach dieser vordemokratischen Methode — undemokratische Methoden — können wir die Medienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland nicht akzeptieren.

Unsere Alternative darf allerdings nicht darin bestehen, daß wir nur die Vorzeichen ändern. Wir müssen die Frage nach dem Verhalten, der Macht und dem Einfluß, der Legitimation und Kontrolle der Medien in einer demo-

kratischen Gesellschaft grundsätzlich aufwerfen.

Medien gehören heute selbst zu den Mächtigen. Wer die Massenkommunikationsmittel beherrscht, beherrscht die Wählerschaft, und wer die Wählerschaft beherrscht, beherrscht den politischen Prozeß. Deshalb erfordert Demokratie die Kontrolle jeder Art von Macht, gleichgültig, auf welcher Grundlage sie beruht. Die politische Macht wird durch den demokratischen Verfassungsstaat kontrolliert, die wirtschaftliche Macht durch eine funktionale Soziale Marktwirtschaft.

Mit der Neuen Sozialen Frage haben wir das Problem der Macht der Verbände und der Ohnmacht nichtorganisierter Interessen aufgeworfen. In jedem Falle geht es um die demokratische Qualität unseres Staates. Diese Sorge — keine andere — treibt uns auch, wenn wir jetzt die Medienfrage aufwerfen. Wir sind zu einer offenen Diskussion bereit — fordern aber auch zu ihr auf —, durch welche Verfahren und Institutionen die Macht der Medien auf freiheitliche Weise am besten zu kontrollieren sei.

Dabei ist folgendes wichtig:

- ① Die Journalisten haben, insbesondere durch die elektronischen Medien, ein entscheidendes Mittel in der Hand, die Diskussionen und die Meinungsbildung unserer Zeit zu beeinflussen. Sie tun dies ohne demokratische Legitimation, die wir als Politiker ständig neu erarbeiten und erwerben müssen. Das verlangt vom Journalisten deshalb ein besonders hohes Maß an Verantwortung, ja ein moralisch besonders geprägtes Berufsethos. Auf die Dauer wird es zu einer Lebensfrage der Demokratie, ob die Journalisten diese Verantwortung

26. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

erkennen. Ein Journalist, der sich in den öffentlich-rechtlichen Medien einseitig vereinnahmen läßt, beschneidet selbst seine eigene journalistische Freiheit.

② In öffentlich-rechtlichen Anstalten muß Partei ergreifen möglich sein. Dies darf aber nicht mit einem Freibrief für die Vernachlässigung der Informationspflicht verwechselt werden. Wer Partei ergreift, muß ertragen können, daß in der Programmgestaltung seine Parteinahme als Parteinahme gewertet wird. Auch Journalisten haben keinen Monopanspruch auf eine übergeordnete Wahrheit.

③ Warum setzen wir denn nicht auch hier auf die freiheitserweiternde Kraft des Wettbewerbs, allerdings eines geordneten Wettbewerbs? Neue elektronische Medien z. B. auch in privater Hand sind unter bestimmten Bedingungen keine Bedrohung, sondern eine Chance, auch für die freie Wahl des Arbeitsplatzes der Journalisten. Niemand will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen; aber Wettbewerb dient auch hier der Sicherung der Freiheit, der Kontrolle der Macht und der Mitwirkung des Bürgers — und damit der Demokratie.

Lassen Sie mich zum Schluß noch auf folgendes hinweisen. Das personale Verständnis von Menschen, das unserem Grundsatzprogramm und unserer Politik zugrunde liegt, verpflichtet uns nicht nur in den Inhalten unserer Politik, sondern es verpflichtet uns auch selber als Personen, das heißt, es verpflichtet uns auch im Stil der politischen Auseinandersetzungen in der Politik.

Der Stil der politischen Auseinandersetzung wird immer mehr zu einer hoch-

rangigen Frage der Glaubwürdigkeit unserer freiheitlichen Ordnung. Die Glaubwürdigkeit unserer freiheitlichen Ordnung beruht auf dem Stil, mit dem wir Politik treiben, und damit auf der Glaubwürdigkeit der Personen, die diese Ordnung vertreten. Totalitäre Programme und Systeme können auf die Glaubwürdigkeit von Personen und politischem Stil verzichten. Was auch dort geschehen mag: die Partei hat immer recht.

Wer der Politik dagegen ein personales Menschenbild zugrunde legt, muß es sich gefallen lassen, daß er auch als Politiker an diesem Anspruch gemessen wird. Die Glaubwürdigkeit der Politik der Parteien in unserem Staat ist zu einem politischen Thema geworden, dessen sich die Demoskopen bemächtigen. Parteiverdrossenheit kann jedoch mit demoskopischen Mitteln nicht ausreichend erfaßt werden.

Die freiheitlich-demokratische Ordnung unseres staatlichen Lebens wird heute von den Bürgern nicht weniger bejaht als in der Vergangenheit. Die Überzeugung von der Notwendigkeit politischer Parteien ist ungebrochen. Das Unbehagen besteht vielmehr darin, wie politische Kräfte mit dieser guten Ordnung umgehen.

Es gibt ein tiefes Unbehagen über den Stil von Politikern untereinander und gegenüber der Bevölkerung. Manche nennen es nutzlos und schädlich, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen. Dies stellt die Frage nach dem Menschenbild dieser Politiker. Ist in ihren Augen der Bürger ein rücksichtsloser Egoist, unfähig, neben seinen Interessen die Belange der Gemeinschaft anzuerkennen? Ist der Bürger zynisch oder ist es der Politiker, der den Bür-

Rede Heiner Geißler

ger für unfähig hält, die Wahrheit zu ertragen?

Nicht die parlamentarische Demokratie droht zu versagen, sondern Politiker, die sich als scharfzüngige, schnelläugige und doppelbödige darstellen, drohen zu einer Gefahr für die parlamentarische Demokratie zu werden.

Die deutsche Politik braucht wieder Politiker mit dem Mut zur Wahrheit. Wir brauchen eine Übereinstimmung der Qualität der Programme mit der Qualität der Personen, die sie vertreten. Niemand soll dies als Blauäugigkeit mißverstehen. Wer den schnellen Erfolg anstrebt, hat vor der Geschicke noch nie Bestand gehabt.

1945 waren die Menschen mutlos, voller Angst vor der Zukunft. Damals haben Männer und Frauen der Christlich Demokratischen Union durch eine Politik der Freiheit, die nicht selbstverständlich war, die erkämpft werden mußte, gegen die Schatten einer unfreiheitlichen Vergangenheit und gegen die Bedrohung einer sozialistischen Gegenwart, den Menschen wieder Hoffnung gemacht und ihnen die Möglichkeit gegeben, ihr persönliches Lebensglück zu verwirklichen. Es waren Männer und Frauen mit Augenmaß, Beständigkeit und langem Atem.

Diese Aufgabe ist heute nicht anders geworden. Unsicherheit, Sorge und Angst nehmen wieder zu. Jeder von uns weiß: Politik kann die Menschen nicht glücklich machen.

Unser Slogan für den Vorwahlkampf der Europawahl lautet: Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen. Was heißt das? Wir können etwas tun: Wir können leisten, was die CDU nach 1945 geleistet hat: durch eine Politik der Freiheit die Voraussetzun-

26. BUNDESPARTEITAG

gen dafür zu schaffen, daß jeder in Freiheit sein Glück suchen und finden kann. Und deswegen: Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen.



Zu Beginn seiner Rede hatte Heiner Geißler auf den vorliegenden schriftlichen Rechenschaftsbericht hingewiesen und gesagt: Ich bitte Sie, diesen Bericht zu studieren und mit mir und den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle im Laufe der nächsten Woche über die Ergebnisse unserer Arbeit zu diskutieren.

Ich möchte diesen Bericht mit einem Dank an die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle verbinden, die diesen Parteitag inhaltlich und organisatorisch vorbereitet haben.

Stellvertretend für alle, aber auch für alle hauptamtlichen Mitarbeiter in den Landesverbänden und in den Kreisverbänden danke ich unserem langjährigen Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke. Karl-Heinz Bilke hat diese Aufgabe bis zum August 1978 versehen. Er hat für unsere Partei eine wesentliche Verantwortung getragen. Ich glaube, man kann für ihn als Charakteristikum sagen: Er hat die Sache immer über seine eigene Person gestellt. Er hat mit Umsicht und Beständigkeit die Ziele der Partei verwirklicht. Unsere guten Wünsche begleiten ihn für seine neue Aufgabe als Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit gleichzeitig unseren neuen Bundesgeschäftsführer, Helmut Holle, vorstellen, dem ich im Namen des Parteitages eine erfolgreiche Arbeit für die gemeinsame Sache der Christlich Demokratischen Union wünsche.

26. BUNDESPARTEITAG**Diskussion****Voraussetzung für den Sieg:
überzeugende Solidarität**

Nach den Berichten von Helmut Kohl und Heiner Geißler fand auf dem Parteitag eine umfassende Diskussion der politischen Lage statt; sie stand im Zeichen überzeugender Solidarität und kämpferischer Entschlossenheit. Nachfolgend die Diskussionsbeiträge der Mitglieder des Präsidiums: Gerhard Stoltenberg, Walther Leisler Kiep, Kurt Biedenkopf und Hans Filbinger.

GERHARD STOLTENBERG

Dieser Parteitag ist Anlaß zu einer Bilanz der Halbzeit, zur Vorausschau, zur Zurüstung auf die kommende politische Arbeit, vor allem in der Verabschiebung unseres Grundsatzprogramms. Die Situation zur Halbzeit ist im Licht der letzten Wahlen bestimmt durch ein Gleichgewicht der politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Gleichgewicht ist in den Landtagswahlen dieses Jahres bestätigt worden. Ich unterstreiche das gegenüber einer irreführenden Darstellung, die wir in den letzten Wochen oft gehört haben. Die Union ist nicht nur die stärkste politische Kraft der Bundesrepublik Deutschland und in Bonn in der Opposition, sie hat auch die Chance zur Mehrheit aus eigener Kraft.

Uns und den Bürgern dieses Landes wird mit der Desinformation manches zugemutet. So sahen wir am Abend der bayerischen Wahl etwa Egon Bahr im Deutschen Fernsehen, der einen Stimmengewinn der SPD von 30 auf 31 % als Zeichen des großen

Vertrauensbeweises für die sogenannte sozial-liberale Koalition wertete. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Desinformation oder das Gerede von der Schallmauer nicht die Öffentlichkeit verwirren. Was heißt hier Schallmauer? Jede Wahl ist eine Momentaufnahme in einem unerhört dynamischen Prozeß des Wettbewerbs. In jeder Wahl liegt zugleich die Chance zur Veränderung der längerfristigen Trends.

Kritische Fragen sind zu stellen — an andere und auch an uns. An andere sicher mit der erfrischenden Deutlichkeit Heiner Geißlers im Bereich der elektronischen Medien. Wir haben sie im Norden der Bundesrepublik Deutschland als erste mit besonderer Eindringlichkeit im Hinblick auf den Sender gestellt, für den wir Verantwortung tragen.

Dies sage ich in voller Übereinstimmung auch mit Ernst Albrecht. Diese Diskussion wird in unserem Bereich mit einer wirklichen Reform, einer Verbesserung im öffentlich-rechtlichen System

Diskussion

enden; daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Aber trotz dieser notwendigen kritischen Diskussion in diesen und anderen Bereichen haben wir uns zunächst selber zu fragen, gerade in einer Halbzeitbilanz, auch im Verhältnis zu Journalisten, im Verhältnis zu Publizisten, bezüglich der Art, wie wir mit ihnen diskutieren, wie wir uns um sie bemühen, bezüglich dessen, was wir ihnen sagen und wie wir unsere Auffassung und Argumente überzeugend vertreten.

Natürlich ist auf diesem Parteitag immer wieder die Frage der Strategie und auch der Parteistruktur oder der Parteienstruktur erwähnt worden. Diese Frage bewegt viele in unserem Lande, vor allem unsere Freunde. Ich möchte hier zwei oder drei Punkte besonders hervorheben. Wenn wir diese Diskussion führen, sollten wir uns vor allem auf einen Kernbegriff, ein Schlüsselwort unseres Programms besinnen, nämlich auf das Wort „Solidarität“.

Das Wort „Solidarität“ ist mit vielen Beziehungspunkten und Verpflichtungen verbunden, vor allen Dingen aber mit einer Verpflichtung, die sehr wichtig ist, nämlich der Forderung nach Selbstdisziplin für jeden von uns, nicht nach Verschweigen der eigenen Überzeugungen, aber nach der Bereitschaft und dem Willen, eigene Überzeugungen vor allem in den zentralen Fragen der Zukunft der Union in einen geordneten und sinnvollen Prozeß der Meinungsbildung einzurichten. Wir haben mit der CSU eine klare Vereinbarung im Verfahren und in den Fristen. Ich möchte hier noch einmal sehr eindringlich den Appell aufnehmen, daß wir uns an diese

26. BUNDESPARTEITAG

Vereinbarung im Verfahren und in den Fristen auch halten.

Wenn Helmut Kohl dies am Abend der Hessen- und der Bayern-Wahl für die deutsche Öffentlichkeit, für jeden vernehmbar noch einmal als die Meinung der Union bekräftigt hat, so möchte ich jeden, der über Verfahren und Fristen anders denkt, herzlich bitten, in den Gremien darüber zu reden, mit dem Vorsitzenden darüber zu reden oder ihm einen Brief zu schreiben. Ich sage ganz deutlich: Schluß mit den Interviews in den kommenden Wochen und Monaten! Wir können solche Interviews nach allem, was wir aus unseren eigenen Reihen erfahren haben, nicht mehr brauchen.

Solange aus den besten Absichten heraus fast die Hälfte der Schlagzeilen, die von einigen von uns gemacht werden, in der deutschen Publizistik mit unterschiedlichen Bewertungen und Auffassungen verbunden werden, müssen wir feststellen, daß wir die Aufgaben dieser Monate nicht erkannt haben.

Es sind dies vor allem zwei Aufgaben, nämlich erstens die eigenen Positionen in der Formulierung deutlicher zu machen — es ist dies unsere Aufgabe hier in Ludwigshafen — und sie zweitens überzeugender zu vertreten, und zwar in der eigenen Programmatik und in der offensiven Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Dies kann nur in der Sache geschehen, in den zentralen Fragen der deutschen Politik. Bei der Diskussion über unser Programm wird Gelegenheit gegeben sein, dazu mehr zu sagen als jetzt im Rahmen einer zeitlich begrenzten Generaldebatte.

26. BUNDESPARTEITAG

Diskussion

Die großen Themen sind uns gestellt: Außen- und Sicherheitspolitik, die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, unser Verständnis von diesem Staat aus dem Blickwinkel einer Verfassungspartei.

Was die Außen- und Sicherheitspolitik angeht, so geht es niemandem darum, die großen Kontroversen der Jahre 1970 bis 1972 wieder aufleben zu lassen. Es geht aber darum, daß wir, ausgehend von unzweideutigen und unverwechselbaren Positionen, unsere Verantwortung für die Einheit der Nation nicht nur verbal, sondern tatsächlich immer wieder sichtbar machen.

Wie viele von uns habe ich in den letzten Jahren mehrfach Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen, Vorpommern besucht. Ich will hier einmal öffentlich sagen: Der stärkste Eindruck dieser bewegenden Reisen ist die Verbundenheit so unendlich vieler Menschen mit uns, und zwar nicht nur der älteren Generation, sondern gerade auch junger Menschen. Am eindrucksvollsten sind die Zufallsbegegnungen mit Menschen, die man überhaupt nicht kennt oder zu deren Familien- und Freundeskreis keine Beziehungen bestehen. Dies ist eine Verbundenheit, die nicht unkritisch ist, aber die doch bei allen kritischen Fragen auch an uns in der Bundesrepublik Deutschland das elementarste Bewußtsein, den elementaren Willen immer wieder zum Ausdruck bringt, eine Nation zu bleiben.

Dies müssen wir deutlich machen, wenn wir Deutschlandpolitik formulieren und vertreten. Wir müssen die Deutschlandpolitik unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung für diese Menschen mitgestalten. Las-

sen wir uns als Bürger der Bundesrepublik Deutschland nicht von dem Willen zur Einheit der Nation derjenigen, die die Last der deutschen Geschichte zu tragen haben, beschämen.

Bei aller Vielfalt der innenpolitischen Probleme und Bedrängnisse — wir müssen uns den weiten Blick für die großen Veränderungen der Außen- und Weltpolitik bewahren. Das ist für eine Opposition nicht leicht. Wir müssen deutlich machen, daß es dramatische Verschlechterungen gibt: das Vordringen der Sowjetunion im Mittleren Osten, die Entwicklung in Afrika. Wir müssen deutlich machen, daß es gerade für uns eine bestürzende machtpolitische und auch moralische Erfahrung ist, daß unter Mitwirkung der Kommunisten aus dem anderen Teil Deutschlands jetzt in Afrika Kriege geführt werden, unter Mitwirkung der Kubaner, mit aktiver Unterstützung der Russen und unter Beteiligung von Elementen der so genannten Volksarmee der DDR. Ich finde, daß in der deutschen Öffentlichkeit die Bedeutung und auch die Bedrohung dieses Vorgangs zu wenig gesehen wird, vor allem wenn man bedenkt, was er langfristig auch für uns bewirken kann.

Die Soziale Marktwirtschaft wird ein großes Thema unserer Programmdebatten sein. Wir haben die Aufgabe, den Rang und die Überzeugungskraft der Union als einer der großen Verfassungsparteien der Bundesrepublik Deutschland für eine freiheitliche und zugleich auch kämpferische Demokratie deutlich zu machen.

Die neu aufgeflammt Diskussion über die Extremistenfrage im öffentlichen

Diskussion

26. BUNDESPARTEITAG

Dienst wird zu einer tiefgreifenden Auseinandersetzung in unserem Lande führen. Ich gehöre nicht zu denen, die dies begrüßen, weil ich den Verlust jener Gemeinsamkeit, die wir 1972 — ich war in jener bekannten Sitzung mit dem damaligen Bundeskanzler und den Kollegen der SPD dabei — verzeichneten und die wir eine Zeitlang praktiziert haben, im Grunde tief bedauere. Nachdem dies aber geschehen ist — verbunden mit Namen der anderen Seite — sage ich, daß wir diese Auseinandersetzung aufnehmen müssen — vom Verständnis unserer Verfassung her, von der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes und der Menschen her.

Dazu wird in den kommenden Wochen vieles zu sagen sein, und zwar nicht nur in den Überschriften. Solche Überschriften wie die, daß wir nicht Kommunisten als Erzieher unserer Kinder haben wollen, sind richtig. Zu diesem Thema ist auch unter dem Gesichtspunkt der Abwägung der Güter und der Vorrangigkeit der Ziele und Werte viel zu sagen.

Ich sage hier nur eines: Der vermeintliche Anspruch eines Bürgers, der sich in einer von der Bundesregierung als verfassungsfeindlich bezeichneten Partei aktiv organisiert, auf Einstellung in den öffentlichen Dienst muß zurücktreten gegenüber dem Anspruch der Bürger dieses Landes auf einen öffentlichen Dienst, der loyal, verfassungstreu und ein Garant der Freiheit und des Rechtes in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Das alles geschieht in einer Zeit, in der die Berufsnot der jungen Generation wächst, in der wir, die öffentlichen Hän-

de, in Bund und Ländern in vielen Verwaltungsbereichen von 20 Bewerbern 19 oder von 12 Bewerbern 11 ablehnen müssen, weil wir keine Planstellen für sie haben.

Diese Zusammenhänge deutlich zu machen und über die Frage der wirklichen Prioritäten zu sprechen, ist, nachdem Begriffe wie „Berufsverbot“ oder aber „Schnüffelpraxis“ schon bis in den halbamtlichen Sprachgebrauch der gegenwärtigen Regierungsparteien und leider auch mancher Medien gehen, die Aufgabe der kommenden Monate. Diese geistige und politische Auseinandersetzung werden wir bestehen und in der öffentlichen Meinung unseres Landes gewinnen. Da habe ich überhaupt keinen Zweifel.

Diese Themen sind gestellt. Mit ihnen verbindet sich auch unser Verständnis von den Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland. Diese liberale Demokratie der Bundesrepublik Deutschland beruht auf dem klassischen freiheitlichen Prinzip der Machtverteilung und der Gewaltenteilung. Es gehört zum veränderten geistigen und hier und da auch publizistischen Klima in unserem Land, daß die gegenwärtig Regierenden in zunehmendem Maße Verfassungsorgane angreifen, in Frage stellen, ja herabsetzen, wenn sie nicht die Politik der gegenwärtigen Majorität im Deutschen Bundestag verfolgen.

Ich habe mit großer Sorge vor allem das gesehen, was in einer Kampagne maßgebender Sozialdemokraten seit einiger Zeit gegen das Bundesverfassungsgericht betrieben wird. Dasselbe Verfassungsgericht, das in den 50er und 60er Jahren nicht weniger einschneidende Urteile — in vielen

26. BUNDESPARTEITAG

Diskussion

Fällen gegen die damalige Regierung der CDU/CSU — gefällt hat — unter dem Beifall der progressiven Öffentlichkeit unseres Landes, unter dem Beifall der Sozialdemokraten —, soll zunehmend durch ein Klima der Einschüchterung und des Drucks in seiner Unbefangenheit und Freiheit begrenzt werden. Hier können wir nur sagen: Wehret den Anfängen im Interesse der Freiheit unseres Landes.

In diesen Zusammenhang gehört auch die unredliche Kampagne um den Bundesrat, die wir vor allem in Verbindung mit dem Wahlkampf in Hessen erlebt haben. Ich sage hier noch einmal zur Bilanz der letzten acht Jahre:

Der Bundesrat mit seiner Mehrheit der CDU/CSU-geführten Länder hat sich seit dem sogenannten Machtwechsel in Bonn als ein Verfassungsorgan erwiesen, das mit Verantwortungsbewußtsein, mit Augenmaß, mit Wirksamkeit, aber auch im Bewußtsein seiner politischen Grenzen die Gesetzgebung dieses Landes verbessert hat und nichts anderes.

Wir können das Punkt für Punkt nachweisen. Wir erleben es doch gelegentlich, daß einzelne Politiker der SPD und der FDP, die öffentlich diese Kampagne mitbetreiben, uns sagen, daß sie doch sehr froh seien, wenn der Bundesrat den einen oder anderen Beschuß des Koitionsausschusses oder die eine oder andere Gesetzesvorlage, die zu sehr die Handschrift der linken Flügelgruppen der Koalition trägt, in wesentlichen Punkten verbesserte.

Jeder, dem es um die Freiheit und Pluralität in unserem Lande ernst ist, kann doch froh sein, daß nicht alles, was die Herren Wehner und Mischnick mit der

Bundesregierung im Koitionsausschuß aushandeln, in der Bundesrepublik Deutschland geltendes Gesetz wird.

Wenn wir uns als eine liberale Partei bezeichnen, dann ist das kein Etiketenschwindel; denn wir alle wissen — und das müssen wir der jungen Generation unseres Landes noch deutlicher sagen —, daß an den Anfängen der CDU/CSU die Verbindung der großen klassischen liberalen, konservativen und christlich-sozialen Ideenströmungen und -kräfte der deutschen Geschichte steht. Das, was Männer wie Ernst Lemmer und andere einmal auch an liberalem Gedankengut und an Traditionen in diese Partei einbrachten, was sich an liberalen Traditionen im besten Sinne in besonderer Weise mit dem Namen und Werk Ludwig Erhards verbindet, werden wir im Hinblick auf die Notwendigkeiten unserer Zeit und die Herausforderungen unserer Zukunft in einer Politik mit langem Atem für die Zukunft unseres Vaterlandes weiterführen.

WALTHER LEISLER KIEP

Wir können gewinnen, wenn wir nur wollen. Das war die Botschaft von Helmut Kohl und Heiner Geißler in ihren Referaten am heutigen Tage. Ich meine, daß diese Botschaft verstanden und weitergetragen werden muß. Denn das einzige, was wir zu fürchten haben, ist Resignation, ist Versagen, ist Zweifel an der eigenen Kraft. Wenn uns hier einige am Rande auch dieses Parteitages suggerieren wollen, daß zur Kenntnis genommen werden müsse: Kurswechsel für Deutschland eben nicht 1980, sondern erst 1984, dann sollten wir dem nicht nur kein Gehör schenken, son-

Diskussion

26. BUNDESPARTEITAG

dern wir sollten aus diesem Parteitag mit der Überzeugung weggehen, daß es tatsächlich nur an uns selber liegt.

Die Frage ist nur: was ist zu tun? Als Teilnehmer der Wahlkämpfe des Jahres 1978 darf ich hier einige Bemerkungen machen.

Eines ist sicher: Wir werden die kommenden Wahlen und Auseinandersetzungen nicht gewinnen, wenn wir uns darauf beschränken, aus hundertprozentigen CDU-Anhängern hundertfünzigprozentige zu machen.

Wir müssen unserer Aussage, unseren Inhalten, wir müssen unserer Strategie eine grenzüberschreitende Kraft geben. Wir müssen in die Bereiche der anderen einbrechen. Wenn sich hier eine Landschaft abzeichnet, in der uns der Koalitionspartner verweigert wird, indem wir auf uns selber gestellt sind, dann ist unsere Aufgabe, durch unsere Politik und durch unsere Aussage eine Koalition bei den Wählern für die politische Erneuerung und auch für den Kurswechsel in Bonn herbeizuführen.

Daß wir das können, ist auch in diesem Jahr wieder deutlich geworden. Wir verfügen über genügend Liberalität, als daß wir darauf angewiesen wären, bei anderen Anleihen aufnehmen zu müssen. Wir haben in einem schwierigen norddeutschen Land mit Ernst Albrecht die Mehrheit gewonnen. Ich bin ganz sicher, daß es uns, wenn wir nur wollen, auch in Berlin gelingen wird, mit Richard von Weizsäcker die Wende herbeizuführen.

Eine Bemerkung zum Stil. Wir sollten uns unter gar keinen Umständen am Stil von Helmut Schmidt orientieren. Wer auf dem Marienplatz in München öffentlich erklärt, daß ein Bundeskanz-

ler Helmut Kohl oder Alfred Dregger oder Franz Josef Strauß oder Rainer Barzel das Ende der deutschen Friedenspolitik und den Zusammenbruch der sozialen Gerechtigkeit bewirken würde, der schadet sich selber und unserer Demokratie.

Ich warne davor, auf diesen Ton und diesen Stil einzugehen. Polarisierung und Konfrontation werden uns das Ziel, das wir anstreben, nicht näherbringen. Unsere Parole sollte sein: Gegnerschaft und Abgrenzung, wo immer notwendig, Gemeinsamkeit im Dienste an unserem Land, wo immer möglich; Feindschaft unter Demokraten — niemals.

Zu drei Sachbereichen drei kurze Sätze. Wirtschaftspolitik: Wir müssen selbstverständlich gegen die Ideologie von links ankämpfen, die die Marktwirtschaft zerstören will. Aber wir sollten in diesem Abwehrkampf nicht der Versuchung erliegen, uns selber auf eine Ideologie festzulegen und in eine Ideologie einengen zu lassen, damit nicht am Ende dieses Unternehmens Helmut Schmidt als das pragmatische Weltkind in der Mitte erscheinen kann.

In der Finanzpolitik warne ich davor, die galoppierende Verschuldung nicht ernst zu nehmen. Hier wird eine Hypothek auf unsere Zukunft, auch auf die Zukunft der nächsten Generation aufgenommen. Ich meine: neue Prioritäten — selbstverständlich; aber Finanzierung neuer Prioritäten durch Umschichtung und nicht durch Neuverschuldung.

Zum Schluß eine Bemerkung zur Außen- und Deutschlandpolitik. Es sollte jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, wo wir alle Kräfte konzentrieren, und es sollte Schluß sein mit den Schlachten

26. BUNDESPARTEITAG

Diskussion

von gestern. Wir sollten unsere Energie verlagern von der Kritik der Inhalte auf die Kritik der Anwendung geschlossener Verträge.

Die Regierungsfähigkeit als Voraussetzung für Wahlerfolg erfordert den verstärkten Einsatz für die traditionellen Felder der Union: das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, die Stärkung des Bündnisses, die Einigung Europas, aber auch die Verstärkung unserer Anstrengungen in der Deutschland-, der Ost- und der Südpolitik.

Ich bin der Meinung, daß wir nicht in einer Krise unserer Inhalte stehen. Ich glaube auch nicht, daß es eine Krise im Vertrauen unserer Anhänger zu uns gibt; wenn überhaupt eine Krise, dann lediglich eine Krise unseres Willens und Wollens. Der Parteitag in Ludwigshafen sollte einen Beitrag dazu leisten, diesen Willen über die Delegierten hinaus bei den Mitgliedern, bei unseren Wählern erneut zu mobilisieren, damit wir die nächsten wichtigen Etappen auf dem Wege nach 1980, die vor uns liegende Landtagswahlen, erfolgreich beenden können.

KURT BIEDENKOPF

Grundsatzprogramm-Parteitage sind Parteitage der Standortbestimmung. Wir haben uns vorgenommen, in Ludwigshafen den Standort der Partei zu bestimmen, den Standort unserer Politik und damit auch den Standort unseres Landes. Ich möchte dazu einige Anmerkungen machen.

Zum Standort der Partei: Die CDU vertritt rund 50 Prozent der Wahlbevölkerung. Sie ist die stärkste politische Kraft

im Lande. Sie ist eine kraftvolle politische Bewegung. Sie ist entschlossen im politischen Handeln. Sie ist entschlossen, die Regierungsverantwortung im freien Deutschland zu übernehmen und damit, nämlich mit dieser Regierungsverantwortung, freiheitliche sozial verantwortete Politik für unser Land zu machen, Politik für die Freiheit als Bedingung für das Glück der Menschen.

Die Regierungsverantwortung ist für uns nicht Endzweck politischen Handelns, sondern Voraussetzung unserer politischen Sache. Das Volk erteilt das Mandat zu regieren nicht als Preis für einen gewonnenen Wahlkampf, sondern als Treuhänderschaft dem, der sich als derjenige ausweist, der die Zukunft verantwortungsvoll gestalten kann.

Deshalb sind unsere Grundsätze so wichtig, deshalb ist vor allem ihre Eindeutigkeit so wichtig, und es wird eine wichtige Aufgabe dieses Parteitages sein, um diese Eindeutigkeit zu ringen, und wenn wir sie nicht in allen Punkten verwirklichen können, werden wir auch in Zukunft daran weiterarbeiten müssen. Wir müssen in den zentralen Fragen klar bekennen, welches unsere Absichten sind. Denn wir werden die Treuhänderschaft vom Volkssouverän nur dann bekommen, wenn der Volkssouverän weiß: Der Wechsel zu einer anderen Partei ist der Wechsel in Hände mit klaren Absichten.

Nur so können wir uns von der Koalition unterscheiden.

Die Koalition wird nur noch durch den Willen zur Macht zusammengehalten. Sie ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf Grundsätzliches. Alle Grundsatzprogramm-Parteitage der beiden

Diskussion

26. BUNDESPARTEITAG

Koalitionsparteien in den letzten Jahren waren Parteitage, die nicht zu einheitlichen Grundsätzen geführt haben.

Die Freien Demokraten sind seit Jahren genau in der Hälfte gespalten, was die grundsätzlichen Positionen anbetrifft. Die Sozialdemokratische Partei hat die Erörterung von Grundsätzen eingestellt, weil jedes Erkennbarmachen ihrer wahren Machtlage eben die Absichten offensichtlich machen müßte, die zum Entzug des Mandats führen müssen.

Die Regierungskoalition ist gekennzeichnet durch Verschleierung dieser Absichten. Trotzdem hat es keinen Sinn, an der Feststellung vorbeizugehen, daß sich die Koalition ungeachtet ihrer Schwächung durch einen Wahlerfolg nach dem anderen als haltbarer erwiesen hat, als wir angenommen haben. Die Koalition ist zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden. Sie gleicht zwei Männern, die jeder ein Bein verloren haben, die jeder allein für sich nicht mehr stehen können, die sich fest umschlungen halten, um nicht zu stürzen, die aber gerade deshalb auch nicht mehr laufen können.

Dieses Stehen, ohne laufen zu können, wird uns als Stabilität angeboten. Trotz Rentenlüge, trotz Staatsverschuldung, trotz abnehmender Investitionen und trotz Geburtenrückgangs haben wir scheinbar Stabilität. Es ist ein trügerisches Gefühl der Sicherheit im Land, und dieses trügerische Gefühl der Sicherheit ist nicht ohne Wirkungen auf die Landtagswahlen der vergangenen Wochen und Monate geblieben.

Es muß unsere politische Aufgabe sein, diese trügerische Sicherheit als das zu entlarven, was sie ist: als die Versuchung unseres Volkes, die Zu-

kunft zu verpfänden, um in der Gegenwart angenehm und sicher leben zu können. Als die Versuchung unseres Volkes, die Zukunft derer zu verpfänden, die sich nicht wehren können, weil sie keine Stimme haben, und die deshalb in der Demokratie von denen geschützt werden müssen, die eine Stimme haben.

Eine Politik, die die Zukunft derer verpfändet, die sich im Prozeß der demokratischen Kontrolle nicht selbst zu Wort und zur Stimme melden können, ist unsozial, unsolidarisch und unmoralisch. Mit einer solchen Politik wird das Volk entsolidarisiert, der Jugend wird die Solidarität verweigert. Die Jugend wird durch eine solche Politik in die Systemverweigerung getrieben, sie wird der Demokratie entfremdet.

Tatsächlich ist unser Gemeinwesen unter Schmidt nicht stabiler geworden. Wir sind auf die Aufgaben von Gegenwart und Zukunft nicht besser vorbereitet. Unsere äußere Sicherheit hat nicht zu-, sondern abgenommen. Wir tragen in der Welt nicht die Verantwortung, die uns nach unseren Möglichkeiten und unserer Kraft zukommt. Die Bevölkerung spürt dies. Aber sie setzt es politisch noch nicht um. Sie hat den großen Rentenbetrug nicht vergessen, und trotzdem stimmt sie noch immer, wenn auch nur mit einer ganz knappen Mehrheit, für die Koalition.

Wenn heute in der Bundesrepublik Deutschland rund die Hälfte der Bevölkerung keinen grundlegenden Unterschied mehr zwischen CDU und SPD zu erkennen vermag, dann ist dies für die SPD ein Gewinn, für uns eine Gefahr. Deshalb ist die Klarheit der politischen Aussage in entschei-

26. BUNDESPARTEITAG

Diskussion

denden Punkten entscheidend für das zukünftige politische Schicksal unserer Anstrengungen. Helmut Kohl hat einige der Punkte genannt: Wachstumspolitik, Verschuldenspolitik. Beides sind zentrale Fragen mit deren Diskussion wir gerade beginnen.

Ist der Satz richtig, daß unsere Demokratie nur regierbar ist bei 4,5 Prozent Wachstumsrate? Wenn dieser Satz richtig ist, dann bedeutet das, daß im Erwachsenenleben eines Kindes das Bruttosozialprodukt sich vereffachen muß. Ist es richtig, daß wir nur mit Schulden auskommen können, obwohl wir eines der wohlhabendsten Länder sind mit einem der höchsten Lebensstandards, mit sozialer Befriedung, mit einer stabilen Bevölkerung — wie die Wahlen zeigen —, mit einem funktionierenden sozialen Dialog, mit der Bereitschaft der Menschen zur Disziplin und zur Zusammenarbeit? Wir müssen uns fragen: Welche Bedingungen müssen eigentlich herrschen, damit wir mit dem auskommen, was wir gemeinsam erwirtschaften, und die Zukunft nicht verpfänden müssen?

Wenn wir keine Antwort auf die Frage der Jugend geben können, ob die gegenwärtig erreichten Bedingungen uns in die Lage versetzen, auf die Dauer Demokratie zu gewährleisten, und zwar ohne Verpfändung der Zukunft, dann wird die Jugend sagen, dieses Land hat keine Zukunft. Dieses ist für mich eine der zentralen Auseinandersetzungen. Der Kleine Parteitag der CDU hat dazu schon Bemerkenswertes gesagt.

Deshalb müssen wir auf neue Fragen neue Antworten suchen. Wir werden es

in der Diskussion um das Grundsatzprogramm machen. Dazu abschließend eine politische und eine strategische Bemerkung: Die politische: Wir müssen aufhören — das halte ich für ganz entscheidend —, uns ein System der Zuordnung politischer Fragestellungen aufdrängen zu lassen, das alles nach links oder nach rechts zuzuordnen versucht. Wir müssen aufhören, uns in eine politische Fragestellung und Problemlösung drängen zu lassen, die sagt: entweder in der linken oder in der rechten Ecke sind die Dinge angesiedelt. Links und rechts haben als politische Kategorien vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen ihre Aussagekraft weitgehend eingebüßt.

Was die Menschen heute interessiert, was für sie entscheidend ist, ist die Frage: Dient eine politische Entscheidung einer freiheitlichen Zukunft oder dient sie den Besitzständen der Vergangenheit?

Ist eine Politik vorausschauend, gestaltet sie das Morgen, oder ist sie reaktionär? Ist eine politische Antwort fortschrittlich oder ist sie rückwärtschrittlich. Ob die Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft freiheitlich oder bürokratisch, solidarisch oder kollektiv, gerecht oder gleichmacherisch sind: darauf kommt es an.

Ob die Antwort, ob die Anregung, ob die Idee von links oder rechts kommt, spielt überhaupt keine Rolle für die Frage, ob sie geeignet ist, freiheitliche Zukunft zu gestalten. Es ist unsere große Chance als Volkspartei, daß wir diesen breiten Bogen der Spannung haben und aus allen Bereichen der Gesellschaft Anregungen und Antworten

Diskussion

schöpfen können, die nicht durch die politische Adresse diskreditiert sind.

Dies ist entscheidend vor allem auch für die europäische Auseinandersetzung. Wir werden in der europäischen Auseinandersetzung mit der Notwendigkeit konfrontiert werden, uns auch mit Kommunisten auseinanderzusetzen, und zwar mit respektablen großen kommunistischen Parteien. Wir müssen in unserer eigenen Grundsatzdebatte dies im Auge behalten.

Die Anliegen der Menschen in Europa sind für uns das Entscheidende, nicht die Frage, wo und von wem sie geltend gemacht werden. Wenn die Menschen in sozial miserablen Verhältnissen — etwa in den Slums von Mailand — leben oder wenn in anderen europäischen Ländern der soziale Dialog nicht funktioniert, dann ist es für uns nicht entscheidend, ob dieses Manko von Kommunisten, Sozialisten, Christdemokraten, Liberalen oder sonstwem geltend gemacht wird, sondern ob es nach unseren Gesichtspunkten ein Anliegen ist, dem begegnet werden muß, und zwar mit freiheitlichen Mitteln.

Wenn etwa Kommunisten die soziale Lage der Menschen geißeln, dann ist diese Lage deshalb nicht etwa unwichtig. Was wir bekämpfen müssen, ist die Absicht, solche Anliegen zum Vorwand für die Errichtung einer neuen bürokratisch-materialistischen unfreiheitlichen Herrschaft zu machen. Unser Selbstbewußtsein wird das Entscheidende sein.

Wenn wir an die Grundsätze und Prinzipien glauben, die wir hier beraten und über die wir hier befinden, wenn wir entschlossen sind, daran zu arbeiten und sie scharf zu schleifen, d. h. eindeutig zu formulieren, dann

26. BUNDESPARTEITAG

können wir die Diskussion mit jedem Bereich des politischen Spektrums erfolgreich überstehen. Dies ist zugleich auch der taktische, strategische Gesichtspunkt.

Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Demokraten in ihrer Koalition leben davon, daß in den beiden Parteien keine solche Diskussion mehr stattfindet und der Kanzler mit seiner Verwaltung des Landes die politischen Grundlagen verschleiern kann. Unsere eindeutige, klare politische Aussage, unsere Auseinandersetzung mit den Anliegen und unsere Auseinandersetzung mit den freiheitlichen Wegen werden diese Koalition entlarven als das, was sie ist: ein unproduktives Machtkartell von zweien, die allein nicht mehr können. Ein unproduktives Machtkartell, welches eher entschlossen ist, die Zukunft unseres Landes zu enteignen, als die Unfähigkeit, sie zu gestalten, preiszugeben.

HANS FILBINGER

Wir alle, die wir die Diskussion dieses Nachmittags, ebenso wie die Reden des Vormittags, sehr aufmerksam verfolgt haben, können eines feststellen: Ganz überwiegend ist aus allen Beiträgen der Wille hervorgetreten, die Kräfte der CDU so zusammenzufassen, daß wir nun den Sprung nach vorne tun können, der uns noch vor der Übernahme der Regierungsverantwortung trennt, und daß wir alles hinter uns lassen müssen, was uns bisher in dieser Hinsicht noch gehemmt hat.

Das bedeutet konkret, daß wir aus der Elbstbespiegelung und Selbstkritik heraustreten müssen und sie hinter uns lassen müssen, die uns

26. BUNDESPARTEITAG

Diskussion

nicht weiterbringt, und statt dessen eine Solidarität mit denen, die die Verantwortung an der Spitze tragen, üben müssen, die ihnen die Kraft gibt, ihrer Aufgabe gerecht werden zu können.

Daraus folgt weiter, daß wir den Wirkungen einer negativen Suggestion der Art: „Wir können das nicht schaffen, es war noch nie in Deutschland so, daß jemand aus der Opposition heraus allein die Regierung übernommen hat“, eine ganz eindeutige Absage erteilen müssen. Wir brauchen dieser negativen Suggestion nicht zu unterliegen. Wenn wir in voller Entschiedenheit den Sprung machen, dann schaffen wir das im Jahre 1980 auch.

Wenn man entschlossen ist, muß man diese Entschlossenheit in einigen Punkten in eine konkrete Form ummünzen. Ich meine, der erste Punkt müßte eine konsequente Absage an die Vierte Partei sein.

Wir werden ganz gewiß die Absprache einhalten, die wir mit der CSU getroffen haben; aber das hindert uns nicht, schon jetzt Erkenntnisse zu gewinnen und unter uns darüber auch zu reden. Diese Erkenntnisse gehen doch eindeutig dahin, daß ein Organismus durch Spaltung nicht stärker wird, daß der Wettbewerb zwischen zwei Bruderparteien um die Wähler nur rein rechnerisch einen Zugewinn bringt, daß dieser Wettbewerb in Wahrheit Vertrauen kostet in die Einheit und die Kraft der Union, das wir bisher genießen, und daß man durch die Spaltung im Ergebnis nicht mehr, sondern weniger Stimmen ernten würde.

Das bedeutet ferner — und das ist meine Meinung — eine Absage an die Hoffnung darauf, daß die FDP im

Bunde zu uns kommt und daß sie uns im Jahre 1980 die Hilfe gibt, die Hürden zu überspringen. Diese Absage ist keine prinzipielle Absage. Aber sie entspringt einer praktischen Erfahrung; denn die FDP hat uns überall dort die kalte Schulter gezeigt, wo sie den Machtwechsel mit uns als der stärksten Partei hätte herbeiführen können. Die FDP versucht, bei den Sozialisten das Schlimmste zu verhüten, indem sie ausgerechnet die SPD an der Macht hält.

Wir haben damit eine paradoxe Wirklichkeit, die wir den Menschen auch darstellen müssen. Wir müssen ihnen sagen: Wir brauchen die FDP nicht, um mittels ihrer Hilfe die stärkste Partei am Regieren zu hindern. Wir müssen an die Menschen appellieren, bei den nächsten Wahlen der stärksten Partei so viele Stimmen zu geben, damit sie im Jahre 1980 Regierungspartei werden kann.

Schließlich gehört auch eine klare Aussage zu den Inhalten unserer Politik dazu. Wir müssen im Bundestag, im Bundesrat und überall, wo Entscheidungen fallen, klar und eindeutig zeigen, wo wir stehen. Wir stehen auf der Seite der Freiheit. Wir sind die große Alternative zum Sozialismus.

Selbstbewußtsein steht uns sehr wohl an. Fragen wir uns doch einmal: Wo stünde Deutschland heute, wenn nicht die CDU aus der Opposition heraus den politischen Kurs unseres Landes mitbestimmt hätte? Die Linke hätte doch viel mehr von ihrem Programm durchgesetzt, wenn nicht die CDU als starke Opposition dagewesen wäre und dagegegenhalten hätte.

Wir brauchen doch nur einmal an die Reformen zu denken, an die Reformeu-

Diskussion

phorie, die in den 70er Jahren auf uns heruntergeprasselt ist. Das waren Reformen, mit denen wir beglückt werden sollten, die in der Zwischenzeit aber nahezu allesamt geplatzt sind, was uns Milliarden gekostet hat, die wir dann nachher im Zusammenhang mit den Investitionen und der Sicherung unsicher gewordener Arbeitsplätze vermißt haben.

Denken wir auch an die Versäumnisse in den letzten Jahren durch das Versagen der Regierung — trotz unserer Anträge — etwa bei der Verbesserung der Sicherungsverwahrung, bei der Herstellung eines wirkungsvollen Demonstrationsstrafrechts, bei der Abschaffung der unsinnigen Gesetzgebung über die Zwangsernährung.

Denken wir auch an die Ostpolitik, die durch Egon Bahr erst neuerdings erneut ins Zwielicht getreten ist. Denken wir auch an jene unselige Wehrpflichtnovelle. Wäre die Opposition nicht dagewesen, dann wäre das Recht wirksam, wodurch man sich durch eine Postkarte vom Wehrdienst abmelden könnte.

Ich könnte die Aufzählung der Fehlleistungen dieser jetzigen Regierung und ihrer Vorgängerin noch beliebig ausweiten. Aber das Entscheidende ist doch dieses: Die Linken würden, wenn sie im Jahre 1980 wieder an die Regierung kämen, doch sicherlich genau da wieder anfangen, wo sie gehindert worden sind. Es soll doch niemand daran denken, daß die Linken deshalb, weil sie aus taktischen Gründen derzeit ruhig sind oder weil die Jusos keine Initiative ergreifen, auf ihr sogenanntes progressives Programm verzichtet hätten. Das käme doch alles wieder, wenn sie in die

26. BUNDESPARTEITAG

Lage kämen, im Jahre 1980 weiter zu regieren.

Einen Vorgeschnack davon, was uns dann blühen würde, haben wir doch gerade jetzt mit der Aufwertung der DKP bekommen, die — wenn das so weit kommt — die SPD-regierten Länder und die SPD des Bundes herbeiführen wollen, indem sie die Tore unserer Schulen für kommunistische Lehrer öffnen wollen.

Wir haben genug von der Politik der vergangenen zehn Jahre. Angesichts dessen, was uns bevorstehen würde, wenn die andere Koalition durchs Ziel ginge, kann man die Bürger nur beschwören: helft uns, daß wir dieses verhindern und daß wir in der Zukunft wieder eine gute Politik für Deutschland machen können. Andernfalls würde das Wort von Herbert Wehner in die Tat umgesetzt werden, das ihm einmal in Hamburg entschlüpft ist: Wenn wir an die Macht kommen, dann wird tief geplügt, oder das Wort von Willy Brandt: Dann wird geholzt. Auch andere Dinge würden wieder auftauchen. Die Jusos würden ganz bestimmt wieder in Aktion treten und versuchen, ihre Politik umzusetzen.

Es genügt uns nicht, daß wir in der Opposition sind und noch Schlimmeres verhüten. Wir müssen wieder selbst die Politik aktiv und verantwortlich gestalten. Das können wir. Wir müssen dem deutschen Volk und dem Wähler klarmachen, daß er uns die Mehrheit gibt. Dann kommen wir an die Regierung und können eine Politik für Deutschland machen. Wir können dann die Politik wieder weiterführen, die wir bis zum Jahre 1969 mit dem größten Erfolg gestaltet haben.

26. BUNDESPARTEITAG

Christlich Soziale Union

Unser gemeinsames Ziel: 1980 die Bundestagswahl gewinnen

Die Grüße und guten Wünsche der Christlich Sozialen Union überbrachte dem Parteitag die stellvertretende Vorsitzende der CSU, Frau Dr. Mathilde Berghofer-Weichner, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultur. Sie sagte u. a.:

Meine lieben Freunde von der CDU! Die CSU sorgt immer einmal wieder für Abwechslung. Oft war unser Parteivorsitzender selbst auf Ihren Parteitagen. Auch die beiden anderen Stellvertreter haben Sie schon kennengelernt. Nun habe ich zur Abwechslung heute einmal die Freude und die Ehre, Ihnen die besten Grüße und Wünsche von Franz Josef Strauß und der gesamten CSU zu Ihrem Bundesparteitag zu überbringen. Franz Josef Strauß bedauert, nicht selbst kommen zu können. Wir stehen aber vor der Konstituierung unserer Landtagsfraktion, vor der Konstituierung des neu gewählten Landtages. Sie werden Verständnis dafür haben, daß in diesen Tagen die Geschäfte im eigenen Land vorgehen.

Lassen Sie mich aus Anlaß der eben abgeschlossenen bayerischen Wahlen ein paar Bemerkungen machen, die allgemeine politische Folgerungen bringen sollen.

Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Bayern möchte ich dies sagen: Wir sind stolz auf jenes Ergebnis mit über 59 Prozent der Stimmen. Es ist das zweitbeste Ergebnis, das wir je hatten. Wir waren uns schon vor vier Jahren darüber klar, daß das damalige Ergebnis nicht ohne weiteres wieder zu erreichen sein würde. Dies haben wir nicht erst jetzt, sondern schon vor vier Jahren gesagt.

Wir hatten damals eine SPD, die — vor allem in München — in offenem Streit gelegen war. Inzwischen ist in München durch die CSU die fällige Wachablösung durchgeführt worden. Unser CSU-Freund Erich Kiesl ist Münchener Oberbürgermeister. Die SPD ist gelähmt und bietet nicht mehr jenes Bild als Bürgerschreck, das sie noch hatte, als sie in München regierte.

Die Situation im Bund war vor vier Jahren — Guillaume, Auseinandersetzungen um Brandt — eine andere, als sie jetzt ist. Mit den „Grünen“ sind Randerscheinungen aufgetreten, die ebenso wie die Folgen der Gebietsreform ein paar hundertstel Prozent der Stimmen mit sich nehmen. Die vor vier Jahren bestehende Hoffnung, durch ein entsprechendes Landtagswahlergebnis in Bayern eine Änderung in Bonn herbeizuführen, bestand diesmal auch nicht. Es bestand nur eines, nämlich die Sicherheit, daß die CSU nicht zu schlagen sein würde.

Grußwort der CSU

Wir haben aus dieser Wahl eine wichtige Erkenntnis mitgenommen, nämlich die, daß SPD und FDP in einer Weise zu Blockparteien geworden sind, daß sie in vielen Bereichen gegeneinander auswechselbar sind. Die FDP kämpfte um ihre Existenz. Nicht nur ein Mitleidseffekt, sondern letztlich offenbar von der SPD weggehende Wähler haben den Juniorpartner gerettet.

Wir haben genau in den Bereichen — etwa südlich von München —, in denen die FDP Stimmengewinne verzeichnet hat, gleichzeitig Stimmenverluste bei der SPD und Rückgänge über das landesübliche Maß hinaus festzustellen. Es läßt sich somit unschwer feststellen, daß hier ein interner Austausch zwischen den Wählern stattfindet. Die Konsequenz lautet: Die FDP ist genauso unser Gegner, wie es die Sozialisten selbst sind, und die Vorstellung, daß das eigentlich nur „verirrte Brüder“ der Christlich Sozialen und der Christlichen Demokraten seien, sollten wir endgültig zu Grabe tragen. Wenn sie es auch einmal waren, jetzt jedenfalls sind sie es nicht mehr.

Auch die Vorstandswahlen der Hamburger FDP haben einmal mehr gezeigt, daß die FDP mindestens so links ist wie die SPD und daß infolgedessen beide gemeinsam unsere Gegner sein müssen.

Sie befassen sich auf diesem Parteitag mit Ihrem Grundsatzprogramm. Ich glaube es ist gut, wenn im politischen Alltagsgetriebe, in dem wir von Wahl zu Wahl gehetzt werden, auch einmal über die Grundsätze nachgedacht und diskutiert wird, unter denen wir angereten sind.

Es ist so, daß vor allem die Jugend wieder nach Grundwerten fragt und

26. BUNDESPARTEITAG

daß sie Rattenfängern nachläuft, wenn wir das Gespräch nicht auch über diese Themen aufrechterhalten. Man muß wieder lernen, über den Tellerrand des nächsten Wahltermins hinauszudenken, zu überlegen und sich auch langfristig mit der Jugend zu unterhalten. Nur, genauso wichtig wie das Programm sind das Profil einer Partei in der Praxis und die Persönlichkeiten, die ihre Grundsätze verkörpern.

Wir haben aus den neuesten Umfragen gesehen, daß die Jugend sehr kritisch sagt: Die Politiker versprechen immer mehr, als sie dann halten können — vielleicht auch für uns ein Grund, einmal über diese Situation nachzudenken. Allerdings kann ein Wahlkampf nicht nur von den Profis, von den Mandatsträgern und von den Kandidaten geführt werden; das Profil einer Partei wird im Bewußtsein der Bürger auch vom Engagement der einzelnen Mitglieder, vom Bekennern jedes einzelnen am Arbeitsplatz — in welcher Situation er auch immer mit seinen Mitbürgern zusammenkommt — bestimmt.

Voraussetzung für den Erfolg ist natürlich ebenso die klare politische Linie. Die Bürger wollen gesagt bekommen, wie die Situation ist. Niemand, der regiert oder an die Regierung kommen will, kann nur Wohltaten spendend durch das Land ziehen. Es kommt darauf an, daß die ordnungspolitischen Vorstellungen unserer Parteien klar skizziert werden.

Man kann z. B. nicht gleichzeitig geringere Haushaltssteigerungen, den Abbau der Verschuldung, Steuersenkungen und neue Ausgabenprogramme mit einem Anspruch auf Glaubwürdigkeit vertreten.

26. BUNDESPARTEITAG

Grußwort der CSU

Wir müssen uns als Partei der Freiheit und als Bollwerk gegen den Sozialismus darstellen, einen Sozialismus, dessen schleichende Ausbreitung überall sichtbar gemacht werden kann, wo die Sozialisten Einfluß haben. Wir dürfen weder ordnungspolitische noch moralische noch historische Konzessionen machen, wenn wir glaubwürdig sein wollen.

Dazu gehört auch ein unverkrampftes Verhältnis zur eigenen Geschichte, die auch von denen — wenigstens verbal — wiederentdeckt wird, die sie in der Schule und nicht nur dort abschaffen wollten oder schon abgeschafft haben. So entspricht z. B. auch das deutsch-polnische Schulbuchabkommen, das die geschichtliche Wahrheit unterdrücken will, nicht unseren politischen Vorstellungen. Wir sollten auch etwas zur Verbreitung geschichtlicher Grundkenntnisse in unseren eigenen Reihen tun.

Es müßte doch möglich sein, die schrecklichste Zeit unserer Geschichte denen, die keine eigene Erinnerung daran haben können, so klarzumachen, daß die Unterschiede zwischen den KZ-Wächtern, die diesem unmenschlichen System gedient haben, und den jungen Menschen, die ungefragt in den Krieg geschickt wurden und dort das getan haben, was sie für ihre Pflicht hielten, hervortreten. Die Einsicht in solche Zusammenhänge ist nach meiner Meinung die Grundvoraussetzung, um glaubwürdig sein zu können.

Wenn wir nicht zurück, sondern in die Zukunft blicken, dann dürfen wir die Bedeutung der nächstjährigen Europawahlen nicht unterschätzen. Es ist eine ganz wesentliche Frage, ob dieses erste in ganz Europa gewählte Parlament unter

sozialistischer oder unter einer christlich-demokratischen und konservativen Führung stehen wird.

Bei dieser Gelegenheit gestatten Sie mir auch ein Wort zum Föderalismus. Wir Bayern betrachten uns doch so ein bißchen als die besonderen Hüter des Föderalismus in unserem Land. Wie soll eigentlich ein Europa konstruiert sein, wenn nicht föderalistisch? Wer sich vorstellt, daß von Kiel bis Kalabrien das gleiche Schulsystem oder vielleicht sogar das gleiche Schulbuch eingeführt werden, wer meint, daß man alles vereinheitlichen könne, der sollte sich gleich die Mühe sparen, mit der Gründung dieses Europas anzufangen. Wir werden lernen müssen, noch viel mehr Unterschiede nicht nur zu ertragen, sondern vielleicht sogar zu schätzen und als etwas Positives anzusehen, gerade auch, weil wir mit der Geschichte der europäischen Völker werden leben müssen.

Der CSU geht es für die nächste Bundestagswahl um den gemeinsamen Sieg. Die Chance, diese Wahl zu bestehen, ist gegeben. Lassen wir uns doch den Mut nicht durch Miesmacher nehmen, die ganz gezielt versuchen, uns von vornherein das Rückgrat zu brechen. Wir müssen die Chancen nutzen, die für uns bestehen. Wir dürfen nicht in Nabelbeschau und in kleinlichen Rivalitäten verharren, sondern wir müssen alle Kräfte darauf verwenden, um mit voller Einsatzbereitschaft zu dieser Bundestagswahl anzutreten. Dann können wir die politische Wende in Deutschland schaffen.

Ich wünsche, daß dieser Parteitag zu einem Meilenstein auf diesem Wege wird.

Ausländische Gäste

Das Tagungspräsidium unter seinem Präsidenten Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, konnte zahlreiche Gäste übernationaler Institutionen und befreundeter Parteien des Auslands begrüßen.

Christlich Demokratische Weltunion

Mario Rumor, Präsident

Europäische Demokratische Union

Dr. Josef Taus, Präsident und Bundesobmann der Österreichischen Volkspartei
Andreas Khol, Exekutivsekretär

Europäische Volkspartei

Lorenzo Natali, Vizepräsident

Europäische Kommission

Jean Seitlinger, Generalsekretär

Frankreich

Jean-Marie Daillet, Vizepräsident des Centre des Démocrates Sociaux

Griechenland

Dino Diamandidis, Mitglied des Ausschusses für internationale Beziehungen der Nea Demokratia

Großbritannien

Barney Hayhoe, Arbeitspolitischer Sprecher der Konservativen Partei

Italien

Flaminio Piccoli, Präsident der Democrazia Cristiana

Niederlande

Dr. Franz Grießmair, Dr. Hans Benedikter, Südtiroler Volkspartei

Norwegen

Willem Aantjes, Fraktionsvorsitzender des Christlich-Demokratischen Appells
Dr. Roelof Kruisinga, Minister a. D., Christlich-Demokratischer Appell

Österreich

Harald U. Lied, Abgeordneter der Konservativen Partei (Hoyre) im Storting
Dr. Sixtus Lanner, Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei

Portugal

Amaro da Costa, Stellvertretender Vorsitzender des Centro Democratico Social
Pinheiro, Schatzmeister und Präsidiumsmitglied des CDS

Schweden

Bertil Lidegard, Fraktionsvorsitzender der Sammlungspartei (Moderata Samlingspartiet)

Spanien

Rafael Arias-Salgado, Generalsekretär der Unión de Centro Democrático
Javier Ruperez, Internationaler Sekretär der Unión de Centro Democrático
Anton Canellas, Vorsitzender der katalanischen Christdemokraten

26. BUNDESPARTEITAG

Weltunion / ECDU / EVP / EDU

Vereint sind wir eine starke, entscheidende Kraft

In den Grußworten prominenter Politiker befreundeter Parteien an den Parteitag wurde der feste Wille deutlich, bei den Europawahlen im Juni des nächsten Jahres die große Chance zu nutzen, die gemeinsamen Ideale von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in der Europäischen Gemeinschaft durchzusetzen. In diesen Grußworten kamen sowohl das große Ansehen der Union bei unseren Nachbarn zum Ausdruck als auch die hohen Erwartungen, die unsere europäischen Freunde in die Kraft der Christlich Demokratischen Union Deutschlands setzen, einen bedeutenden Beitrag für die gemeinsame Sache zu leisten.

MARIANO RUMOR,
Präsident der Weltunion
Christlicher Demokraten

Liebe Freunde! Der Gruß der Weltunion der Christdemokraten, den ich als deren Präsident überbringen darf, ist ganz besonders herzlich. Ihm möchte ich auch den Gruß der Union Europäischer Christdemokraten anschließen, deren Vorsitzender Herr von Hassel ist.

Die CDU ist ein grundlegender Bestandteil unserer Weltorganisation. Ihren Spitzenvertretern und vor allem ihrem Vorsitzenden, Herrn Kohl, sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung müssen wir als Christdemokraten in der Welt unseren besonderen Dank und unsere besondere Anerkennung für den Beitrag aussprechen, den sie für die Existenz und die Weiterentwicklung der Bewegung leisten, in der Parteien und aktive

Christdemokraten aus fünf Kontinenten vereint sind.

Die CDU ist jedoch auch Bezugspunkt, Gegenstand größter Achtung und Wertschätzung für die Kraft und die Kontinuität sowie das Engagement, mit denen sie die Verwirklichung der gemeinsamen Ideale von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit fördert, die die Grundlagen und die Daseinsberechtigung unserer gemeinsamen Arbeit darstellen.

Die Aufgabe der europäischen Christdemokraten als fester Bestandteil und ausschlaggebende Komponente der großen christlich-demokratischen Weltfamilie besteht heute darin, für die Schaffung des mutigsten politischen und staatsbürgerlichen Vorhabens unserer Geschichte den entscheidenden Anstoß zu geben.

Die europäische Einheit steht an der

Grußworte ausländischer Gäste

Spitze unserer Bestrebungen. Die christlichen Demokraten als entscheidende Kraft bei der Schaffung der ursprünglichen Europaidee sind heute dazu berufen, den Eckpfeiler dafür aufzustellen: das Europäische Parlament. Und jeder von uns spürt, daß mit dem Europäischen Parlament ein Weg beginnt, auf dem man nicht mehr umkehren kann. Das Europa der Völker beginnt seinen unaufhaltsamen Marsch.

Wir begrüßen dieses außergewöhnliche Ereignis und verpflichten uns, ihm für unseren Teil die Qualifikation unserer breiten Vertretung zu geben, nicht nur deshalb, weil es für Europa selbst von größter Bedeutung ist, sondern auch deshalb, weil es ein sehr wichtiges Ereignis für die Länder und Völker Osteuropas, Lateinamerikas und Afrikas ist. Es ist eine beispielhafte Botschaft, die Europa allen Völkern zuruft.

Europa ist aber vor allem ein wunderbarer Schatz an Zivilisation, Kultur, Kreativität, ein Sammelbecken, in dem sich Produktion und Handel immer mehr integrieren. Althergebrachte und ganz neue Beiträge der verschiedenen nationalen Eigenschaften müssen in den Dienst einer Politik der Entwicklung der menschlichen Solidarität und damit eines sicheren Gleichgewichts und des Weltfriedens gestellt werden.

Es liegt an uns Christdemokraten, den armen Völkern, den Völkern, die sich schwertun, zu einer organischen und eigenständigen Entwicklung zu gelangen, das Gefühl zu geben, daß das geeinte Europa eine Garantie, ein Bezugspunkt für ihr gerechtfertigtes Streben nach Wachstum mit unserer Hilfe ist. Wir verlangen keine beschämenden und unterwürfigen Gegen-

26. BUNDESPARTEITAG

leistungen; wir wollen ihnen lediglich helfen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Zu dieser Berufung auf Solidarität veranlaßt uns auch das Bewußtsein, daß zu dieser Welt, die auf dem Weg des Wachstums voranschreiten will, ein großer Teil jener kämpferischen christdemokratischen Familie gehört, mit der uns enge Bände politischer und ideeller Solidarität verbinden. Ich denke hier insbesondere an unsere lateinamerikanischen Freunde, die oft im Schatten des Untergrunds kämpfen, leiden, sich vorbereiten und für Freiheit, Demokratie und Entwicklung ihrer Heimatländer wirken.

Es ist unsere Aufgabe und vor allem unsere Aufgabe als Christdemokraten, mit unserer aktiven politischen Präsenz die Anmaßungen der autoritären Regierungen zu brechen, die die Bestrebungen der Völker unterdrücken. Es liegt an uns und vor allem an uns, die Gefahr abzuwenden, daß kommunistische Länder und Kräfte, die für eine Politik der Freiheit absolut ungeeignet sind, mit Waffengewalt ihre sehr präzisen Pläne einer Eroberungsstrategie durchsetzen, und insbesondere in Afrika mit beeindruckender Geschlossenheit einen organischen Plan großzügiger und weitblickender Solidarität ihren Bestrebungen gegenüberzusetzen. Das Lomé-Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft stellt hierfür immerhin einen ersten sehr wichtigen Schritt dar.

Liebe Freunde, je mehr wir die Zukunftsaussichten analysieren, desto mehr wissen wir um die Bedeutung der gemeinsamen Aufgabe, die uns bevorsteht, desto mehr spüren wir, wie dringend unerlässlich es ist, gemeinsam zu

26. BUNDESPARTEITAG

handeln. Und es ist die Aufgabe der stärksten Parteien, derjenigen, die die größte Zustimmung der Bevölkerung und damit die größte Verantwortung gegenüber der Bevölkerung auf sich vereinen, ihren Beitrag engagiert und entschlossen zu leisten.

Meine lieben Freunde, lieber Präsident Kohl! Ein Appell an die Anwesenden, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein:

So stark wir auch sein mögen, allein können wir die Geschichte unserer Zeit nur wenig beeinflussen. Vereint sind wir jedoch eine starke, entscheidende Kraft, die Geschichte macht.

Ich bitte die Freunde der CDU und alle christlichen Demokraten — und ich bin sicher, daß sie positiv darauf antworten werden, zunehmend Schöpfer der Geschichte zu sein.

FLAMINIO PICCOLI, Präsident der Democrazia Christiania Italiens

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich überbringe den brüderlichen Gruß der Christlich Demokratischen Partei Italiens und ihres Sekretärs Zaccanini. Herr Zaccanini hat leider nicht kommen können, weil er eine sehr bedeutende Verpflichtung im italienischen Parlament hat. Er hat eine Grußbotschaft an das Präsidium des Parteitags geschickt. Ich möchte Herrn Kohl und seinen Mitarbeitern für die gute Arbeit, die sie in den vergangenen Jahren geleistet haben, meine Glückwünsche aussprechen und gleichzeitig dafür danken, daß Ihr Vorsitzender Kohl in seinen Eröffnungs-

Grußworte ausländischer Gäste

worten unseres verstorbenen Parteipräsidenten Moro gedacht hat.

Wir pflegen laufend Beziehungen mit Ihren leitenden Persönlichkeiten. Wir empfinden immer mehr die Notwendigkeit, uns mit Ihnen in einer verpflichtenden Zusammenarbeit zusammenzuschließen, damit wir uns besser verstehen und gemeinsam in Richtung auf das Ziel Europa gehen können.

Europa ist ein Ziel, das uns brüderlich vereint, uns als überzeugte und eifrige Hauptmitwirkende, damit wir die Geschichte unseres Kontinents zu seiner Einheit zurückführen können, damit Europa in der Welt zählt, damit Europa ein entscheidendes Wort in einer internationalen Situation mitzusprechen hat, die gekennzeichnet ist von neuen Spannungen, von einer Verschlechterung des Entspannungsprozesses und von einem Wettlauf um die zu Ende gehenden Energiequellen.

Der Anlaß dieses Kongresses erlaubt es mir, Ihnen zusammen mit meinen Grußworten auch einige Überlegungen vorzutragen. Die erste ist diese: Die italienische Christdemokratische Partei war, als Sie Ihren letzten Kongreß abhielten, isoliert und wie eingeschlossen als Folge einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Ereignisse und auch deshalb, weil wir einige Grundsatzfragen ausfechten mußten, wobei wir uns in der Minderheit befanden. Ich meine die Grundsatzfragen der Scheidung und Abtreibung. In den letzten zwei Jahren hat sich die politische Linie unserer Partei in Richtung auf eine starke Bindung mit jedem Bereich der italienischen Gesellschaft entwickelt, Bindung mit der Jugend, mit den Frauen.

Die Christdemokratische Partei Ita-

Grußworte ausländischer Gäste

26. BUNDESPARTEITAG

liens befindet sich heute in einer Phase kräftigen Aufstiegs auf politischer Ebene und bei den Wahlen. Wir fühlen uns vom starken Konsens des gesamten italienischen Volkes gestützt.

Angesichts des Phänomens des Terrorismus und angesichts der Wirtschaftskrise hat sich eine weitreichende Allianz von Parteien gebildet, die auf der Basis eines Notprogramms die christlich-demokratische Regierung stützen. Unsere politische Situation weist der Christdemokratischen Partei seit 30 Jahren ständig einen Anteil von etwa 40 % der Wählerstimmen zu. Das macht uns zur relativen Mehrheit. Diese relative Mehrheit — das ist neu — wird heute aber mit der Weigerung derjenigen politischen Kräfte konfrontiert, die herkömmlich mit ihr verbunden waren, erneut zusammen mit ihr Regierungsverantwortung zu übernehmen. Schuld daran trägt der Ausgang der Wahlen 1976, der diesen Parteien eine solche Machtstellung zusprach. Daher konnten wir den guten Willen der großen Parteien nicht zurückweisen, wenn wir aus der politischen und wirtschaftlichen Krise herauskommen und den Terrorismus bekämpfen wollten. Ich weiß, daß Sie im Hinblick auf diesen Schritt manchmal Zweifel geäußert haben, vor allem was das Problem einer programmatischen Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Italiens im Parlament angeht.

Ihr könnt ruhig bleiben. Wir sind die gleichen geblieben — die Democrazia Cristiana von Luigi Sturzo, von Alcide de Gasperi, von Aldo Moro.

Der Geist der Democrazia Cristiana bleibt derselbe. Es ist der Geist der Freiheit, des Antitotalitarismus, der europäischen Einigung und der Atlantischen Allianz.

Das italienische Volk hat unsere Gründe begriffen und schließt sich um uns wie wenige Male vorher in seiner Geschichte. Die zwei Linksparteien — die Kommunistische Partei und die Sozialistische Partei — bekämpfen sich auf ideologischem Gebiet. Der Streit geht um die Frage der lebensgefährlichen Risiken der marxistisch-leninistischen Ideologien. Sie zeigen so, wenn auch mit beachtlicher Verspätung, an, wie sehr für unser Land und auch für die Bundesrepublik Deutschland eine Erneuerung aus christlich-demokratischem Geiste not tut.

Nun sage ich etwas, was Sie wohl wissen. Während des Jahres 1978 haben wir sehr harte Prüfungen durchmachen und überstehen müssen. Die erste von ihnen war die Tragödie der Entführung und Ermordung von Aldo Moro und der fünf Polizisten in seiner Begleitung. Wir haben jede Anstrengung unternommen, um das Leben unseres Präsidenten zu retten, ohne jemals die Notwendigkeit zu vergessen — und dies auch nicht in der Angst von 54 schrecklichen Tagen —, nicht der Waffengewalt zu weichen, die Gleichheitsrechte aller Bürger zu schützen und gründlich unsere Pflicht zu beachten, den Staat und seine Institutionen zu garantieren.

Dabei haben wir die volle Solidarität der Bürger gefunden, die Solidarität der Bruderparteien in Europa und auch die Solidarität der CDU. So fühlten wir uns angesichts der schrecklichen Prüfungen weniger allein. Aber auch heute versucht die Bosheit unversöhnlicher feindlicher Kräfte, uns als den Schuldigen hinzustellen, weil wir dem Terrorismus nicht nachgegeben haben.

Ja, so ist es! Wenn wir nachgegeben hätten, wären wir heute vielleicht

26. BUNDESPARTEITAG

Grußworte ausländischer Gäste

nicht hier, um eine starke und geeinte Partei zu vertreten, eine Partei, die sich ihrer Zukunft sicher ist. Dann wären in Italien die antidemokratischen Kräfte durchgekommen.

Aldo Moro ist ein Märtyrer der Freiheit, nicht nur für die Christlich Demokratische Partei Italiens, sondern für alle Bewegungen aus christlichem Geist. Niemand wird ihn jemals aus dem Herzen unseres Volkes reißen können, unseres Volkes, das in seinem Opfer die Zusammenfassung unserer schweren Kämpfe um Freiheit und Demokratie sieht, die wir seit 1944 bis heute bestehen mußten. Was diese Tragödie angeht, was den Terrorismus ganz allgemein angeht, werden wir und Sie die Pflicht haben, ihre geheimen Verzweigungen und geheimen Wurzeln aufzudecken.

Wir fahren fort, im Geiste des Dienstes an unserem Lande zu wirken. Wir engagieren uns ernsthaft und konkret in der Europäischen Volkspartei, die wesentlich dazu beiträgt, ein demokratisches, pluralistisches, christlich geprägtes Europa zu erreichen. Wir werden auch am Rande dieses Kongresses mit Ihren leitenden Persönlichkeiten die gemeinsamen Probleme diesbezüglich besprechen.

Aber das, was ich Ihnen hier im Namen der Christlich Demokratischen Partei Italiens überbringe, ist der Ausdruck unserer Verpflichtung zu enger Zusammenarbeit, einer Zusammenarbeit, die die Geschichte, die Tradition, die Charakteristiken einer jeden Partei christlicher Prägung achtet, eine Zusammenarbeit, die uns in den Punkten voranbringen soll — und es sind sehr viele —, die die Richtung der europäischen Völker in den historischen Tagen be-

stimmen werden, die der allgemeinen Wahl zum Gemeinschaftsparlament vorausgehen und ihr folgen werden.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde; jetzt möchte ich unserem Wunsch Ausdruck verleihen, daß Ihr Parteitag, der die neue Strategie für die 80er Jahre festlegen soll, die politischen Ziele der CDU verwirklichen kann.

Gleichzeitig möchte ich unseren Wunsch ausdrücken, daß die CDU unter der geschickten und fähigen Führung des Parteivorsitzenden für das deutsche Volk und die Europäische Gemeinschaft angesichts des nicht homogenen Bündnisses anderer Parteien wieder die Führungsrolle in der Bundesrepublik übernimmt.

Herr Präsident, Herr Kohl, liebe Parteifreunde, die italienische Democrazia Christiana wünscht Ihnen eine erfolgreiche Arbeit im Dienste Deutschlands und Europas.

DR. RAFAEL ARIAS-SALGADO, Generalsekretär der Unión de Centro Democrático, Spanien

Zunächst einmal möchte ich ganz kurz darüber reflektieren, warum die Unión de Centro Democrático auf dem Parteitag der CDU vertreten ist. Ich glaube, unsere Präsenz hier ist darauf zurückzuführen, daß zwischen uns enge Bände der Solidarität und darüber hinaus eine Kooperation aus den verschiedensten Gründen bestehen. Beides — die Solidarität und die Kooperation — muß meiner Ansicht nach in der Zukunft weitergeführt werden.

Dieser Solidarität und dieser Kooperation kommt ein ideologischer Inhalt zu, der mit den drei Worten gekenn-

Grußworte ausländischer Gäste

26. BUNDESPARTEITAG

zeichnet werden kann, die gleichzeitig das Leitwort Ihres Parteitages sind: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Ich glaube, daß diese drei Werte nur auf der Grundlage einer demokratischen Perspektive richtig verstanden werden können. Sie müssen sich auf der Basis des Humanismus christlicher Inspiration und des Pluralismus des Lebens der Gesellschaft und der Kultur entwickeln.

Wir müssen daran denken, diesen drei Begriffen einen progressiven Inhalt zu geben. Vor allen Dingen für mein Land ist es sehr wesentlich, daß wir Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit durchsetzen. Mit diesen drei Begriffen können wir auch mit Erfolg gegen die Sozialisten und Marxisten kämpfen, die versuchen, die individuelle Freiheit und unsere Grundwerte, die wir zu verteidigen versuchen, zu ersticken. Ich möchte also nochmals unterstreichen, daß wir diesen drei Begriffen einen echten Inhalt geben müssen.

Diese drei Begriffe sind ganz besonders auch beim Aufbau Europas wichtig. Auch daran müssen wir uns erinnern. Wir dürfen nicht vergessen, daß auf Europa auch kulturelle Aspekte zukommen, auf die wir niemals verzichten dürfen.

Ich weiß, daß die CDU einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und zum Aufbau Europas geleistet hat. Ich möchte an dieser Stelle unsere Anerkennung für diese Leistung aussprechen.

Gleichzeitig möchte ich unterstreichen, daß meine Partei, die UCD, den vollen Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft anstrebt. Spanien befindet sich auf dem Wege zur Demokratie, und

Spanien befindet sich auf dem Wege zu Europa. Das sind für uns zwei Aspekte ein und derselben Realität.

In Spanien ist die Konsolidierung der Demokratie nur möglich, wenn uns die europäischen Mitgliedstaaten den Beitritt in die Gemeinschaft erleichtern. Viele Jahre der Geschichte unseres Landes haben wir gegen die Diktatur gekämpft, und damals war die Integration in die Europäische Gemeinschaft nicht möglich.

Jetzt, da wir eine ganze Reihe von öffentlichen demokratischen Freiheiten in unserem Lande durchgesetzt haben, sollten uns auf unserem Weg in Richtung auf Europa keine Hindernisse geschaffen werden. Ich glaube, daß jede Verzögerung, ich glaube, daß jedes oberflächliche Problem, das sich dem Beitritt in den Weg stellt, zu einer Frustration in der Bevölkerung führen würde und dazu beitragen könnte, daß die Demokratie in Spanien scheitert.

Wir streben die volle Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft an, und ich glaube, Sie sollten sich auch vor Augen führen, daß die Kultur Europas ohne die Kultur Spaniens undenkbar ist. In diesem Zusammenhang dürfen Sie nicht vergessen, daß Spanien seine Kultur einem ganzen Kontinent gebracht hat. Heute sprechen 300 Millionen Menschen in der Welt unsere Sprache.

Gleichzeitig möchte ich erwähnen, daß Spanien sowohl zum Mittelmeer als auch zum Atlantik ausgerichtet ist. Ich glaube, auf Grund dieser geostategischen Position ist Spanien auch für die Verteidigung Europas unerlässlich.

Abschließend möchte ich ganz herzlich

26. BUNDESPARTEITAG

Grußworte ausländischer Gäste

für diese Einladung danken. Ich möchte danken für die Hilfe und die Unterstützung, die die UCD erfährt. Ich möchte für die Ehre danken, daß ich mich heute an Sie wenden darf. Ich möchte nicht vergessen, Sie nochmals ganz herzlich zu begrüßen, in meinem eigenen Namen, im Namen des Präsidenten Suarez und im Namen der UCD, meiner Partei, die in Spanien die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verteidigt.

BARNEY HAYHOE, Konservative Partei Großbritannien

Ich möchte vorausschicken, daß seit mehr als 25 Jahren die europäische Sache eine der wichtigsten Zielsetzungen meiner politischen Arbeit ist. Und wenn ich mich hier umsehe und die Bilder an beiden Seiten dieses Saales betrachte, dann sehe ich, worum es geht, und ich möchte Ihnen sagen, daß die Partei Churchills der Partei Adenauers die herzlichsten und brüderlichsten Grüße überbringt. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, die Ideale dieser beiden Staatsmänner am Leben zu erhalten.

Wie Sie wissen, führt Mrs. Thatcher unsere Partei. Wie leid tut es mir, daß ich noch nicht von der Premierministerin Thatcher sprechen kann! Aber es besteht kein Zweifel, daß wir fest entschlossen sind, die nächsten allgemeinen Wahlen zu gewinnen, wann immer sie stattfinden. Sie dürfen nicht alles glauben, was Sie in den Zeitungen zu diesem Thema lesen.

Auf Ihrem letzten Parteitag hat Margaret Thatcher sich direkt an Sie gewandt. Diesmal hat sie mich gebeten, ihre per-

sölichen, ihre herzlichen, ihre aufrichtigen Glückwünsche und besten Grüße zu überbringen.

Wir, die britischen Konservativen, messen der engen und wachsenden Zusammenarbeit mit der CDU sehr große Bedeutung bei, und ich glaube, daß dieser Kooperation noch mehr Bedeutung zukommt angesichts der Direktwahlen, die bald stattfinden werden. Erlauben Sie mir, das Engagement meiner Partei in Sachen europäische Einigung zu unterstreichen. Ich bedaure nur, daß die Stimmen der anti-europäischen Labour-Minister in der britischen Regierung immer lauter und schriller werden, während die Stimmen der pro-europäischen Labour-Minister immer leiser werden und immer weniger gehört werden.

Natürlich ist die Zusammenarbeit zwischen den britischen Konservativen und der deutschen CDU nicht der einzige Faktor, der zum Aufbau Europas beiträgt, eines Europas, das wir alle wünschen, eines Europas, das basieren muß auf demokratischer Freiheit, auf individueller Freiheit, auf sozialer Gerechtigkeit, auf der christlichen Auffassung von der Würde und dem Wert des Menschen, wobei der Verwurzelung in einer stabilen Familie ganz besondere Bedeutung zukommt.

Aber dennoch glaube ich, daß bei der Gestaltung Europas der Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien und der gegenseitigen Achtung ein ganz besonders hoher Stellenwert zukommt. In diesem Sinne, Herr Vorsitzender, möchte ich wünschen, daß sich diese Zusammenarbeit weiterentwickeln und daß sie gedeihen möge.

Grußworte ausländischer Gäste

26. BUNDESPARTEITAG

DR. JOSEF TAUS, Bundesobmann der Österreichischen Volkspartei, Präsident der EDU

Lieber Helmut Kohl! Meine lieben Freunde von der CDU! Mein Freund, Dr. Lanner, und ich freuen uns wirklich, diesem Parteitag die allerherzlichsten Grüße der Österreichischen Volkspartei überbringen zu können.

Wir sitzen jetzt so ungefähr eineinhalb Stunden bei Ihnen. Ich darf Ihnen mit einem Kompliment eröffnen: Die Stimmung und die Disziplin auf diesem Parteitag sind ganz großartig. Wir werden diesen Eindruck mit nach Hause nehmen.

Es hieße, glaube ich, Eulen nach Athen zu tragen, wenn ich die Verbundenheit der Österreichischen Volkspartei mit der CDU besonders erwähnen würde. Aber lassen Sie mich doch ein paar Anmerkungen machen.

Wir haben mit großem Interesse den Entwurf Ihres Grundsatzprogramms studiert. Sie wissen, daß wir vor einigen Jahren auch eines gemacht haben. Ich bin überzeugt davon, daß es, wie bei uns, auch bei Ihnen Stimmen von alten politischen Schlachträssern gegeben hat, die meinten: Nun gut, ein Grundsatzprogramm, aber eigentlich müsse man die Grundsätze, den Kompaß gewissermaßen intus haben. Wozu braucht man dann eigentlich ein Grundsatzprogramm.

Ich möchte Ihnen aber aus meiner Warte zurufen: Es ist von Zeit zu Zeit sehr gut, wenn man einen allgemein-verbindlichen Kompaß hergibt, damit jeder schauen kann, ob bei seinem

eigenen Kompaß noch die Richtung stimmt.

Daher halte ich so ein Grundsatzprogramm für etwas sehr Wesentliches und Gutes. Ich kann mir eine große politische Partei, die nicht von Zeit zu Zeit über ihre Grundsätze und über die Richtung ihrer Aktionen diskutiert, eigentlich gar nicht vorstellen. Ich beglückwünsche Sie daher zu diesem heutigen Parteitag.

Meine lieben Freunde, auch wenn da und dort gesagt werden sollte: Nun ja, wir haben zwar ein Grundsatzprogramm, aber in der praktischen Politik wird es vielleicht eine nicht so große Rolle spielen. Auch in der Öffentlichkeit ist man leicht geneigt, so etwas zu sagen. Ich sage Ihnen meine Auffassung dazu:

Wenn man sich in der praktischen Politik nicht an Grundsätze hält, dann geht man leicht in die Irre.

In meinem Land hat es vor vielen Jahren einen sehr populären Schlager gegeben, der mit dem Refrain geendet hat: Ich weiß zwar nicht, wo ich hinfahre, dafür bin ich früher dort.

Wenn man kein Grundsatzprogramm hat, kann einem das sehr leicht passieren. Ich weiß, der CDU wird das nicht passieren. Ich weiß auch, was es für den Parteivorsitzenden einer großen christlich-demokratischen Partei bedeutet, ein solches Grundsatzprogramm zu tragen. Dazu gehören schon Mut, Kraft und Ausdauer. Ich beglückwünsche Helmut Kohl dazu, daß er diesen Mut, diese Kraft und diese Ausdauer hat, so ein Programm zu tragen.

Es geht auch noch um eine andere Frage. Zumaldest in Österreich ist das

26. BUNDESPARTEITAG

Grußworte ausländischer Gäste

so gewesen. Da haben sich unsere Sozialisten ein neues Parteiprogramm gegeben. Wir haben mit unserer Grundsatzdiskussion vor zweieinhalb Jahren begonnen. Da hat sich eben sehr deutlich gezeigt, wie wichtig diese Grundsatzpositionen sind. Das wird wahrscheinlich für Sie in der Bundesrepublik auch gelten. Da hat sich eben herausgestellt, wo unsere Sozialisten in Wahrheit stehen: schön weit links. Und unsere Meinung ist: dort sollen sie auch bleiben.

Es geht auch noch um eine andere Frage; ich bekenne das hier sehr offen. Die christlich-demokratischen Parteien und verwandte Parteien haben ja viele Jahre hindurch die intellektuelle Diskussion, das intellektuelle Feld den Linken überlassen. Mit diesen Diskussionen über Grundsatzfragen, Grundsatzprogramme sind Sie, die CDU, ein gutes Stück vorangekommen, die Rückeroberung des intellektuellen Feldes wieder vorzunehmen. Und das braucht man in der Politik auch.

Ein paar Sätze zu etwas anderem. Ich freue mich, daß Sie der Familie einen so zentralen Stellenwert gegeben haben. Ich kann mich noch gut erinnern: Wenn man so vor zehn oder fünfzehn Jahren das Wort „Familie“, überhaupt den Begriff, in den Mund genommen hat, da ist man ja belächelt worden. Das war ja nichts anderes als eine repressive Institution einer reaktionären Gesellschaft. Unterdessen hat sich die Szenerie wieder gewandelt. Es ist wichtig für die gesamte Bevölkerung, zu wissen, wer in diesen Zeiten, als die Familie von der Linken voll angegriffen wurde zu der Familie gestanden hat:

natürlich die christdemokratischen Parteien; und gut war es, daß das so geschehen ist.

Oder eine zweite Frage: die Marktwirtschaft, die Soziale Marktwirtschaft! Ach Gott, jedes Wirtschaftssystem in der Praxis hat seine Schwächen, hat seine Ecken, muß permanent verbessert werden. Niemand von uns glaubt, daß wir ein perfektes Wirtschaftssystem haben. Aber allen Kritikern der Sozialen Marktwirtschaft sei ins Stammbuch geschrieben: So ganz schlecht kann sie ja nicht sein, wenn aus allen Erdteilen und aus allen Gegenden, wo man ganz andere Wirtschaftsordnungen vertritt, die Leute herkommen und sich von der Sozialen Marktwirtschaft etwas abholen wollen. Sie kann ja nicht so schlecht sein, wenn man das tut. Sie selber haben viel weniger zum Abgeben.

Nur dort, wo marktwirtschaftliche Grundsätze herrschen, ist bisher in der Geschichte der Menschheit so viel Wohlstand, so viel Freiheit, so viel soziale Sicherheit möglich gewesen wie in diesen Bereichen. Und da sind wir stolz darauf, uns zur Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen.

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen. Ich begrüße Sie auch als Präsident der Europäischen Demokratischen Union (EDU), in der sich christlich-demokratische Parteien und verwandte Parteien zusammengeschlossen haben. Nur wenige Sätze dazu. Ich glaube, daß wir unsere internationale Zusammenarbeit auf Parteienebene verstärken müssen. Die internationale Politik wird genauso wie die nationale Politik von den Parteien gemacht. Wer nicht internationale Politik auch auf Parteienebene macht, kommt ins Hintertreffen; da

Grußworte ausländischer Gäste

kann er tun und lassen, was er will.

Daher rufe ich Sie zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit auf. Wir wollen unsere Grundsätze und unsere Ideen als expansives System in die Welt hinaustragen. Wir brauchen uns dafür ja nicht zu schämen.

So bleibt mir denn abschließend nur noch, Ihnen nochmals zu diesem Parteitag herzlich zu gratulieren, Helmut Kohl herzlich zu gratulieren, und der CDU im Namen der Österreichischen Volkspar- tei zuzurufen: Glück auf für die kom- menden Jahre! — Danke.

ADELINO AMARO DA COSTA, stellv. Vorsitzender des Centro Democratico Social

Herr Vorsitzender, liebe Freunde! Ich überbringe Ihnen die besten Wünsche und Grüße von den vielen, vielen Freunden, die Sie in Portugal haben und von der CDS, der Schwesterpartei der CDU in Portugal. Der Vorsitzende unserer Partei, Prof. Freito do Amaral, hat mich gebeten, Ihnen und Ihrem Vorsitzenden Helmut Kohl für die freundschaftliche und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der CDU und den portugiesischen Zentrumsdemokraten in den letzten Jahren zu danken.

Liebe Freunde, unsere Partei ist eine junge Partei, so wie die portugiesische Demokratie eine junge Demokratie ist; aber trotz der Kürze unserer Existenz war, wie Sie wissen, die politische Erfahrung in unserem Lande bis jetzt intensiv, kompliziert und manchmal gefährlich. Deshalb befinden wir uns in einer Position, die uns erlaubt, über die Bedeutung und die Resultate des

revolutionären Sozialismus zu sprechen.

In Portugal war revolutionärer Sozialismus gleichbedeutend mit sozialer Instabilität, wirtschaftlicher Unordnung und institutioneller Unsicherheit. Nach 48 Jahren einer rechtsgerichteten Diktatur sahen wir uns der Gefahr einer sogenannten sozialistischen Befreiung ausgesetzt.

Wir wissen aufgrund unserer eigenen Erfahrung, was sozialistische Befreiung bedeutet. Gott sei Dank sind keine sowjetischen Panzer an unseren Landesgrenzen aufgefahren, und die Versuche, diese sozialistische Befreiung in die Herrschaft des Proletariats umzuwan- deln, sind gescheitert.

Portugal ist jedoch immer noch den Folgen einer bewegten Periode seiner jüngsten Geschichte ausgesetzt. Es ist in der Zwischenzeit klargeworden, daß der Sozialismus ein unerreichbares Ziel bleibt und daß die Sozialisten sich auf- grund der Umstände gezwungen sehen, ihre doktrinäre Basis und ihre marxisti- schen Konzeptionen zu verändern.

Die Zukunft Europas ist nicht der Sozialismus. Die Zukunft Europas ist Freiheit, Solidarität und soziale Ge- rechtigkeit, das Motto Ihres Parteitags. Ein sozialistisches Westeuropa ist undenkbar. Sozialismus ist gleich- bedeutend mit Frustration.

Die portugiesische CDS ist über- zeugt, daß der Tag bald kommen wird, an dem die Bundesrepublik Deutschland wieder von der CDU re- giert wird. Sie sind bereits die Volks- partei Ihres Landes. Unter der brillan- ten Führung von Helmut Kohl werden Sie bald die Regierungspartei wer- den.

26. BUNDESPARTEITAG

26. BUNDESPARTEITAG

Beschlüsse des Parteitages

Grundsätze zur Schulpolitik

Vorlage: Kreisverband Rhein-Sieg (Nr. I 1) — **Annahme:** einstimmig.

Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, einem der nächsten Bundesparteitage Grundsätze zur Schulpolitik zur Verabschiedung vorzulegen.

Finanzausstattung der Gemeinden

Vorlage: Kommunalpolitische Vereinigung (Nr. I 3) — **Annahme:** einstimmig.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den CDU- und CSU-geführten Ländern und der Bundes-KPV zu prüfen, ob die Gemeinden künftig unmittelbar an dem Aufkommen der Mehrwertsteuer beteiligt werden können, um eine Finanzausstattung der Gemeinden zu erreichen, die die kommunale Selbstverwaltung stärkt.

Europäische Volkspartei

Vorlage: Landesverband Hamburg (Nr. I 5) — **Annahme:** einige Gegenstimmen, eine Enthaltung.

Die Delegierten der CDU Deutschlands für die Gremien der Europäischen Volkspartei werden in Zukunft vom Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes gewählt, statt wie bisher vom Bundesvorstand ernannt.

Ältere Generation

Vorlage: Delegierte Kohl, Geißler und weitere 30 Delegierte (Nr. I 8) — **Annahme:** einige Gegenstimmen, einige Enthaltungen.

Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit den Landesverbänden und den Bundesvereinigungen der Partei zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, daß die besonderen Anliegen der älteren Generation in der Politik der CDU noch besser gewahrt werden.

Bundesgarantie für Rentenversicherungen

Vorlage: Delegierte Griesinger, Maurer und weitere 37 Delegierte (Nr. I 9) — **Annahme:** einige Gegenstimmen, einige Enthaltungen.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird aufgefordert, die Initiative zu ergreifen, damit endlich die im § 1348 RVO (Arbeiterrentenversicherung) und § 111 AVG (Angestelltenversicherungsgesetz) festgelegte Bundesgarantie für die Rentenversicherungen in dem vorgesehenen besonderen Gesetz klar verankert wird.

Die Lage der Christen im Libanon

Vorlage: Delegierte Lummer, Dr. Marx und weitere 30 Delegierte (Nr. I 10) — **Annahme:** einige Gegenstimmen.

Beschlüsse**26. BUNDESPARTEITAG**

Die christliche Bevölkerung des Libanon ist nach vielen Verfolgungen in der Vergangenheit erneut einem existenzbedrohenden Konflikt ausgesetzt. Die entscheidende Ursache hierfür findet sich in äußeren Einflüssen, die darauf gerichtet sind, den libanesischen Staat für fremde Zwecke umzuformen. Dies geschah zunächst durch die Organisationen radikaler Palästinenser, die den Libanon als Ausgangsbasis für ihren Kampf gegen Israel ausbauen wollten, und später durch die syrische Armee, die ihren Auftrag im Rahmen der „Arabischen Friedensstreitmacht“ mißbrauchte.

Opfer der aktuellen militärischen Aktionen und fortlaufender Bedrohung ist vor allem die christliche Bevölkerung des Libanon, die viele tausend Tote und Verwundete zu beklagen hat und zu Hunderttausenden obdachlos ist oder flüchten mußte.

Deshalb ist es ein Gebot, das sich aus christlicher Solidarität ebenso ergibt wie aus der Charta der Menschenrechte, der leidenden christlichen Bevölkerung des Libanon mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen.

Der Bundesparteitag der CDU

- fordert die Bürger der Bundesrepublik Deutschland auf, die Bemühungen der großen karitativen Verbände um humanitäre Hilfe großzügig zu unterstützen;
- fordert die syrische Regierung auf, alle militärischen Aktionen gegen die christliche Zivilbevölkerung zu unterlassen und einer Rückkehr staatlicher Autorität des Libanon nicht im Wege zu stehen;
- fordert von der Bundesregierung, die Gewährung weiterer wirtschaftlicher Hilfe an Syrien vom eindeutigen Verzicht auf Aktionen gegen die christliche Bevölkerung des Libanon abhängig zu machen;
- fordert die Bundesregierung auf, daß sie zusammen mit befreundeten und verbündeten Regierungen ihre politischen und wirtschaftlichen Mittel zur Befreiung des Unruheherdes Libanon einsetzt;
- fordert die Regierungen der Europäischen Gemeinschaft auf, den Existenzkampf gegen die Christen des Libanon als politische Herausforderung zu verstehen. Die europäischen Länder, die sich dem christlichen Erbe verpflichtet wissen, müssen im Geiste der Solidarität darauf hinwirken, daß die syrischen und palästinensischen Aktionen ein verläßliches Ende finden und die Existenz der Christen auch als kulturelle und religiöse Gemeinschaft im Libanon gesichert wird.

Ziel aller Bemühungen muß es sein, die Integrität eines freien Libanon zu erhalten, in dem Bevölkerungssteile verschiedenster sozialer und religiöser Herkunft in Frieden miteinander leben können.

Kinderhort auf Parteitagen

Vorlage: Delegierte Gabi Becker und weitere 30 Delegierte (Nr. I 11) — **Annahme:** zahlreiche Gegenstimmen, einige Enthaltungen.

Vom 27. Bundesparteitag der CDU an richtet die CDU-Organisation einen Kinderhort ein, damit auch Mütter und Väter ihr Delegiertenamt wahrnehmen können.

26. BUNDESPARTEITAG

Beschlüsse

Kunst und Kultur

Vorlage: Delegierte Limbach, Rosorius und weitere 30 Delegierte (Nr. I 12) — **Annahme:** eine Stimmenthaltung.

Der Bundesparteitag fordert den CDU-Bundesvorstand auf, einen offenen Fachkongreß zum Themenbereich „Kunst und Kultur“ durchzuführen.

Verfassungsfeinde

Vorlage: Delegierte Hauser, Stückrath und weitere 30 Delegierte (Nr. I 13) — **Annahme:** einige Stimmenthaltungen.

Die CDU beobachtet mit großer Sorge, daß SPD und FDP mehr und mehr den öffentlichen Dienst für Verfassungsfeinde öffnen. Die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger will nicht, daß Eltern durch staatliche Maßnahmen gezwungen werden, die Erziehung ihrer Kinder Links- oder Rechtsextremisten anzuvertrauen. Darüber setzen sich SPD und FDP hinweg.

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung und die Regierungen der Länder auf, sicherzustellen, daß die Grundsätze eingehalten werden, die dem Grundgesetz und anderen Gesetzen, wie vom Bundesverfassungsgericht bestätigt, und der Vereinbarung der Regierungschefs von Bund und Ländern über die gleichmäßige Anwendung dieses geltenden Rechts entsprechen.

Beamter darf nur werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes eintritt. Beamte sind verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Einhaltung dieser Grundordnung einzusetzen.

Für das Verfahren gelten die rechtsstaatlichen Garantien. Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden. Die Beteiligung der Verfassungsschutzbehörden ergibt sich aus deren gesetzlichen Auftrag.

„Gehört ein Beamter einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft in der Regel Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird.“ (Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder und des Bundeskanzlers vom Januar 1972.) Frühere extremistische Tätigkeiten eines Bewerbers lösen keine Zweifel an seiner Verfassungstreue aus, wenn er sich von ihnen getrennt hat und nun treu zur Verfassung steht.

Bei Beamten gibt es keine Unterschiede der Ansprüche an die Gewähr der Verfassungstreue nach Funktionen, Laufbahnen oder nach ihrem dienstlichen oder außerdienstlichen Verhalten. Die gleichen Anforderungen wie an Beamte sind insbesondere auch an angestellte Lehrer zu stellen. Das allein entspricht dem geltenden, vom Bundesverfassungsgericht und anderen hohen Gerichten so bestätigten Recht.

26. BUNDESPARTEITAG

Helmut Kohl zieht Bilanz:

Der Kurs stimmt — jetzt müssen wir die Bürger überzeugen

Das Grundsatzprogramm ist jetzt beschlossen. Damit ist es aber nicht getan. Wir müssen von hier nach Hause in die Kreisverbände, in die Kommunalpolitik, in die Landes- und die Bundespolitik gehen und das Programm umsetzen. Jeder dieser Bereiche ist gleich wichtig. Für uns gibt es keine sogenannte „große Politik“ auf dem Felde der Außenpolitik und keine „kleine Politik“ im Rathaus. Die Politik auf allen drei Ebenen ist gleichermaßen wichtig. Wir

dürfen nicht nur von Glaubwürdigkeit sprechen, sondern müssen Glaubwürdigkeit in der Politik jeden Tag einfach beweisen. Meine Freunde, wir können hier nicht Beschlüsse über Familienpolitik fassen und zu Hause in der Rathausfraktion nicht darüber nachdenken, welche Konsequenzen sie beinhalten. Solche Beschlüsse bedeuten neue Prioritäten auch im Haushalt der einzelnen Gemeinde. Das sind Kernsätze der Schlußrede Helmut Kohls.

Dies waren wichtige Tage auf diesem Parteitag in Ludwigshafen. Sie verstehen, wenn auch ich vorab ein sehr herzliches Wort des Dankes sage an diejenigen, die besonders zum Gelingen dieser Tage beigetragen haben: an unser Parteitagspräsidium, allen voran Bernhard Vogel, der diesem Parteitag so großartig präsidiert hat.

Ich will herzlich danken den Mitarbeitern im Adenauer-Haus in Bonn, in unserer Zentrale, die in vielfältiger Weise zum Teil rund um die Uhr gearbeitet und Großartiges geleistet haben, um unsere Partei gut darzustellen.

Ganz herzlich will ich Heiner Geißler danken. Aus Erfahrung weiß ich, daß

Parteivorsitzender der CDU zu sein, ein eigenes Ding ist. Aber das gilt auch für den Generalsekretär. Ich kann nur sagen: Ich bin stolz darauf, daß wir mit Heiner Geißler einen Generalsekretär haben, dessen Mut, Entschlossenheit und große geistige Überlegenheit gerade in diesen Tagen wieder deutlich gemacht haben: er steht in der großen Tradition der Generalsekretäre der CDU Deutschlands.

Meine Freunde, wenn man im Fernsehen immer solche Bilder sieht, kann nichts mehr schiefgehen.

Ich will vor allem aber Ihnen, den Delegierten, sehr herzlich danken. Über 18 Stunden haben wir miteinander diskutiert.

26. BUNDESPARTEITAG

Schlußrede

tiert. Knapp vor 24 Uhr waren am gestrigen Abend immer noch weit über zwei Drittel der stimmberechtigten Delegierten im Saal. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU hat gestern abend mit Wehmut an seine Erfahrungen in einem anderen Saal gedacht.

Dies ist aber nicht nur eine Frage der körperlichen Präsenz, wie es manch einer meint, der ohnedies glaubt, daß zwei Quadratkilometer um das Bundeshaus die Bundesrepublik Deutschland seien. Nein, meine Freunde, wenn man dabei ist, wenn man miteinander hilft, wenn man den Rednern Applaus und damit menschlichen Zuspruch vermittelt, dann stärkt das unsere Sache. Sorgen Sie in den Kreisverbänden dafür, daß die Abgeordneten, die wir in die Landtage, in die Kommunalparlamente und in den Bundestag entsenden, begreifen, daß Präsenz eine wichtige Sache ist.

Wir hatten hier eine offene und faire Diskussion. Es ist miteinander gerungen worden. Das ist das Wesen einer Volkspartei. Meine Freunde, wer in diese Partei eintritt, gibt seine Personalität, seine Identität, seine eigene Überzeugung nicht an der Garderobe des Parteivorstands ab. Er bleibt der, der er ist. So wollen wir ihn haben. Wir wollen viele Kräfte in dieser großen Volkspartei miteinander vereinigen, zusammenbringen und voneinander lernen.

Es ist doch eine der Gefahren der jetzigen Entwicklung der deutschen Politik, daß eine Polarisierung eintritt und die Bereitschaft, voneinander zu lernen, immer weiter verlorengingeht. Wir werden wieder an die Regierung kommen, wenn auch die Bürger begreifen: Wir, die CDU Deutschlands, sind lernfähig.

Es gab doch nirgendwo die uns in den Vorausberichten attestierten Flügelkämpfe. Ich habe immer wieder geschaut: Wo sind die Flügel?

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns dieses kostbare Gut hüten. Wer wie ich — oder viele hier im Saal — seit Jahrzehnten Parteitage besucht, wer die Partei in Jahrzehnten in seinem eigenen Leben und Lebensweg mitbegleitet hat, weiß, was für eine wichtige Sache es ist, daß wir heute keine Flügelkämpfe in der alten, abgegriffenen Form mehr haben.

Ich frage Sie: Welche deutsche Partei außer der CDU könnte es wagen, ein solches Grundsatzprogramm über Jahre in allen Organisationsstufen der Partei zu erörtern und in eineinhalb Tagen ernster, aber auch entschlossener Beratung zu solchen Abstimmungsergebnissen zu kommen? Warum machen wir nicht von diesen Punkten draußen mehr Aufhebens? Die Sozialdemokraten werden doch nur noch vom blanken Machtwillen an der Macht und in der gemeinsamen Partei gehalten. Sie sind doch längst nur noch viele verschiedene Gruppierungen, die fast nichts mehr miteinander zu tun haben.

Meine Freunde, was die FDP betrifft, so fällt mir fast nichts mehr dazu ein. In der geistigen Auseinandersetzung kann ich mich an keinen Beitrag der FDP mehr erinnern. Das muß dann schon eine geheime Parteisache sein. Die Herren haben aber auch keine Zeit mehr dazu; denn bis sie alle Koalitionsgespräche absolviert haben, ist der Tag herum; das ist ja ein Stück der Erfahrung.

Nein, dieses Programm und die Art, wie es zustande kam, geben uns eine groß-

Schlußrede

artige Chance, deutlich zu machen: Dies ist unser Standort — ohne Wenn und Aber.

Aber noch ein Wort zu jenen kläglichen Propheten, die sich vor dem Parteitag geäußert haben, auch in die Partei hinein. Mancher war, wie so oft, wenn ein Artikel von einem Reputierten geschrieben wird, bereit, es zu glauben, wenn uns solche Propheten einreden wollten: Beschäftigung mit Grundsätzen und Grundwerten sei nicht mehr zeitgemäß, es gehe doch um die Macht.

Natürlich geht es um die Macht, aber nicht um der Macht willen, sondern um eine bessere, eine menschenwürdigere Politik, unsere Politik einzuleiten. Das hat nicht bloß mit dem Anspruch zu tun. Dieser Anspruch muß in sich selbst begründet werden.

Eine große demokratische Volkspartei lebt vom Prinzip der Freiwilligkeit. Unsere Freunde kommen freiwillig zu uns. Sie leisten den Dienst in der Partei ohne Wenn und Aber. Sie bekommen nichts dafür. Es sind ihre Ideale, ihre Überzeugungen, die sie zu uns bringen. Diese Freunde, die Basis, haben einen Anspruch darauf, zu wissen, wie der Kompaß steht, wohin die Reise geht.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen dafür, daß dies hier so gut möglich war, daß sich gezeigt hat, daß für uns Grundsätze und Grundwerte im Jahre 1978 genauso wichtig sind, wie sie es den Gründern der Union 1945/46, in jener „Stunde Null“ der Geschichte unseres Volkes, waren.

Meine Freunde, wir haben hier in Ludwigshafen formuliert, was uns in unserem Innersten als politisch verantwortli-

26. BUNDESPARTEITAG

che Menschen und Bürger bewegt: unser christliches Verständnis vom Menschen, das allein in der Lage ist, den Materialismus jeglicher Art und in jedem Gewand zu überwinden. Es waren doch moralische Kräfte, die aus dieser christlichen Überzeugung kamen und nach dem Krieg unsere Partei überhaupt erst ermöglicht haben.

Es ist eine wichtige Aufgabe — ich sage Ihnen: sie ist wichtiger als vieles Bedeutsame aus der Tagespolitik —, daß wir diesen moralischen Anruf jener Zeit in der Staffette aufnehmen und an die Jungen von heute weitergeben, an eine andere Generation, die von jenen Tagen nichts mehr weiß und auch nichts wissen kann und der es niemand vorwerfen kann, daß sie jene Tage nicht mehr selbst erfahren hat — die aber bereit ist, dieses großartige Erbe im gleichen Geiste in die Zukunft zu tragen. Wir dürfen auf dieses Grundsatzprogramm stolz sein.

Meine lieben Freunde, es gibt keine Partei in Deutschland, die sich selbst schon in ihrer Namensgebung einen so hohen Anspruch stellt wie wir. Dies ist eine Selbstverpflichtung. Wenn wir sagen, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit seien Grundlage und Auftrag unseres Handelns — dies sei Politik aus dem Geiste christlicher Verantwortung —, so ist dies genau jene Position, die unsere Vorgänger uns übergeben haben, die wir zu unserer Zeit und in unserer Generation mehren wollen.

Sie merken es in den Wahlkämpfen — ich habe es jetzt wieder in weit über 40 großen Kundgebungen in Hessen und in Bayern gepürt —, daß sich immer

26. BUNDESPARTEITAG

Schlußrede

mehr Bürger bei aller tagespolitischen Notwendigkeit darüber im klaren sind, daß materieller Wohlstand allein die Menschen nicht zufriedenstellt, daß Wohlstand die Fragen der Bürger nach dem Sinn des Lebens, nach den gemeinsamen Werten, nach den Zielen unserer Gemeinschaft nicht verstummen läßt.

Wenn es uns nicht gelingt, um der Demokratie willen, um des freiheitlichen Staates willen diesen elementaren Hunger nach der Sinngebung zu stillen und unseren Beitrag dazu zu leisten, wenn die Politik nicht wieder Werte und Perspektiven vermittelt, dann gerät unser Staat, dann gerät diese großartige deutsche Republik in jene Zone, in der der Verlust des Vertrauens zwischen Bürger und Staat die Grundlagen des Staates auf Dauer gefährdet.

Wir haben gestern über Nächstenliebe diskutiert. Dies ist ein ganz und gar politisches Wort. Wer sich christlicher Demokrat nennt, muß sich auch diesem großen Anspruch stellen. Wir sind verantwortlich für den Nächsten, für die Minderheiten, die Gruppe, die keine Sprecher haben, wie es in der Mannheimer Erklärung heißt — aber doch nicht allein in der Bundesrepublik, sondern vor allem draußen in der Welt. Karl Carstens hat hier zu Recht das Thema der Menschenrechte angesprochen. Wir werden als Demokraten nicht glaubwürdig sein — nicht hier im Lande, nicht vor den Jungen, nicht vor den Menschen in der Welt —, wenn Menschenrechte nur ein Stück taktisches Kalkül der Politik bleiben.

Es ist zutiefst christlich verantwortete Politik, wenn man nicht zunächst nach Opportunität, sondern nach

dem Prinzip und der Bereitschaft des Helfens fragt. Deswegen sei hier klar gesagt: Wir, die CDU Deutschlands, sind gegen jede Diktatur, gegen jede Form der Unterwerfung von Menschen. Ob dies Faschisten oder Kommunisten tun, es ist im Ergebnis das gleiche: Die Menschen in ihrer Würde bleiben auf der Strecke.

Lassen Sie uns das kraftvoll nach draußen sagen, gerade in der Diskussion in einem geteilten Land, in dem Frieden ein so köstliches Gut ist: Wer die Politik der Menschenrechte als entspannungsfeindlich diffamiert und von den Verhandlungstischen der Regierungen verbannen will, entzieht gerade den jungen Bürgern das demokratische Selbstbewußtsein, das Wissen um die Überlegenheit des Geistes der Freiheit über die Unfreiheit und über das Unrecht jeglicher Diktatur.

Noch ein klares Wort zum Ende dieses Parteitages: Helmut Schmidt und seine Genossen haben das wichtige Gut der Sehnsucht der Menschen nach Frieden aus purem Machtrausch ins parteiische Gerede gebracht. Meine Freunde, wer wie die deutschen Sozialdemokraten unter der Anführung von Helmut Schmidt, von Willy Brandt, von Herbert Wehner und Egon Bahr das Wort des Friedens, die Sehnsucht der Bürger nach Frieden zu einer parteiischen Sache macht, der versündigt sich an der demokratisch-freiheitlichen Zukunft unseres Landes.

Wer für sich einen Monopolanspruch auf Friedenspolitik erhebt, übt Verrat am Frieden. Wir müssen unseren Bürgern sagen — überall dort, wo wir Bürger im Gespräch treffen —: Wir müssen die Sozialisten stellen; es ist

Schlußrede

26. BUNDESPARTEITAG

unerträglich, daß die Deutschen, die schon die geschichtliche Last der Teilung ihres Vaterlandes ertragen müssen, jetzt noch auf Grund purer Machtgier der gegenwärtig Regierenden eine neue Teilung ertragen sollen!

Wir brauchen in den Grundfragen unserer Nation, unseres Volkes nicht neue Gräben, sondern mehr Gemeinsamkeit und Vernunft und Verständnis, um die Ziele der nationalen Politik Deutschlands gemeinsam erreichen zu können.

Meine Freunde, ich sage dies hier nicht deshalb so leidenschaftlich, weil wir als Partei uns durch diese Angriffe getroffen fühlten. Schauen Sie die Bilder hier an der Wand des Saales an. Blicken Sie eine Sekunde zurück über die Geschichte unserer Partei in diesen 30 Jahren: Wir haben längst vor Willy Brandt Friedenspolitik für Deutschland gemacht. Wir haben auf ihn nicht warten müssen.

Über 30 Jahre währt jetzt schon die Teilung Deutschlands. Mauer und Stacheldraht haben — ob wir es zugeben wollen oder nicht — auch manches für das Zurückgehen der Kenntnis voneinander bewirkt. Wir müssen vor allem sehen, daß es auf dieser Durststrecke, die uns die Geschichte auferlegt hat, das allerwichtigste ist, daß wir uns den kostlichen Schatz unserer gemeinsamen Geschichte bewahren — in diesem Teil Deutschlands und im andern Teil Deutschlands.

Deswegen, meine Freunde, müssen wir entschieden gegen die sozialistische Schulpolitik in der Bundesrepublik angehen. Deshalb müssen wir alles tun, damit die falschen Prophe-

ten der Geschichtslosigkeit in den sozialdemokratisch regierten Ländern aus den Kultusministerien davongejagt werden.

Aber wir müssen uns selbst auch fragen, wenn wir redlich sein wollen: Haben wir eigentlich genug getan? Wie sieht es in den Schulbüchern aus, die in den von uns geführten Ländern ausgegeben werden?

Ich weiß, da gibt es kluge Argumente, wirtschaftliche Argumente, die die Verlage nicht ohne Grund vortragen. Da gibt es die Argumente der Gemeinsamkeit. Aber, meine Damen und Herren: Mit geschichtslosen Gesellen gibt es keine Gemeinsamkeit!

Hier brauchen wir doch das Urteil unserer Bürger nicht zu fürchten. Es waren doch vor allem die Väter und die Mütter, die in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen beim Volksbegehren aufstanden. Da ging es doch für die allermeisten nicht nur um die blanke Form der Schule — darum ging es auch —, sondern es ging um die Inhalte. Das ist es doch, was die Menschen zutiefst erregt.

Wenn die Sozialisten es zulassen, daß in den Ländern, in denen sie die Verantwortung tragen, den Eltern und den Kindern Schulbücher zugemutet werden, die diesen Ansprüchen nicht mehr entsprechen, dann lassen Sie uns das austragen. Das ist ein Feld, wo wirklich streitbare Demokratie erlebt werden kann. Lassen Sie es uns auch dort, wo wir es vertreten, gestalten und mitverantworten können, mit den Symbolen unseres demokratischen Staates so halten, wie es sich ganz selbstverständlich gehört.

Ich sage das deswegen, weil ich immer

26. BUNDESPARTEITAG

Schlußrede

wieder — auch im Wahlkampf — die Erfahrung gemacht habe, daß etwa unser Verhältnis zur Nationalhymne kein Verhältnis ist, wie es in allen Ländern der Welt normal ist.

Patriotismus, Vaterlandsliebe sind doch nicht in den Feuersbrünsten des Zweiten Weltkrieges untergegangen. Natürlich sind wir christliche Demokraten, wir sind deutsche Demokraten und wir sind deutsche Patrioten, die aufbrechen in das größere Europa.

Dann gehen Sie bitte jetzt nach Hause und sprechen Sie im Kreisvorstand darüber, ob in den Schulen Ihres Kreises oder Ihrer Stadt die Nationalhymne gelehrt wird. Mobilisieren Sie die Väter und die Mütter, und machen Sie daraus eine große Bewegung, in der die Menschen wieder sehen: Auch das Symbolische gehört zur Politik und ihrem Verständnis, damit die Bürger ihr Vaterland in ihrem Herzen aufnehmen.

Dazu gehört auch, daß wir mit der Nationalhymne umgehen können. Ich sage das gerne im Beisein von Josef Taus, weil es mich beeindruckt hat, daß das neue katholische Gesangbuch für die deutschsprachigen Diözesen Europas, das jetzt herausgegeben wurde, im Anhang unter der Überschrift „Für das Vaterland“ in Österreich die österreichische Nationalhymne enthält. Das sind keine Leute, die ausziehen, um am Chauvinismus die Welt zugrunde gehen zu lassen.

Sage bitte niemand: „Du, Kultusminister, mußt...“, sondern sage jeder: „Ich als Mitglied der Partei, als Vater oder als Mutter von schulpflichtigen Kindern will, daß dies auch bei uns

endlich wieder vernünftig gestaltet wird.“

Wir, die Deutschen, sind, wenn wir von Nation sprechen, in diesen 100 Jahren einen weiten Weg gewandert.

Es gehört zu den großartigen Erfahrungen meiner Generation, die das Ende der Nazizeit als Kinder erlebt hat, daß für uns heute, für unsere Freunde aus der Jungen Union Nation und Demokratie, Nation und Freiheit, Nation und Menschenwürde ganz selbstverständlich zusammengehören, ja beinahe synonym sind.

Gerade weil dies so ist, dürfen wir bei all dem, was wir tun — ohne daß wir dauernd dazu Beschlüsse fassen müssen —, nicht vergessen, was für uns als Bürger des freien Deutschlands unsere Pflicht für unsere Landsleute im andern Teil Deutschlands, in der DDR, ist. Sie brauchen unsere Solidarität nicht nur in festlichen Beschlüssen, am 17. Juni, in den Reden auf Parteitagen — nein, im Alltag, wenn es darum geht, hier ein Stück mehr Gemeinsamkeit zu praktizieren.

Meine Freunde, die Aufgaben sind klar: Wir haben eine Serie von Landtagswahlen: Rheinland-Pfalz, am gleichen Tage in Berlin, in Schleswig-Holstein, im Herbst nächsten Jahres in Bremen, Anfang Mai 1980 in einer Art von vorgezogener „kleiner Bundestagswahl“ in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, an der Saar, im Herbst 1980 die Bundestagswahl. Hinzu kommt die Wahl zum Europäischen Parlament im Juni nächsten Jahres.

Wir haben genug Gelegenheit, nicht nur zu meditieren, ob wir drankommen, sondern zu kämpfen, daß wir

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGLANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 CX
GEBOHR BEZAHLT

mit Sicherheit dann dran sein werden. Das ist die Voraussetzung, die wir brauchen.

Wir haben die Kraft, die geistigen Möglichkeiten und die Solidarität, um die geistig-politische Führung unseres Landes zu übernehmen. Das wird dann sein, wenn die große Mehrheit unserer Mitbürger ganz einfach spürt — ohne Wahlkampf, ohne Kampagne —, daß wir in der Lage sind, die geistigen, die psychologischen und die materiellen Kräfte unseres Landes zu mobilisieren; wenn die Bürger spüren — die alten wie die jungen in allen beruflichen Gruppierungen —, daß unsere Politik Orientierung, Zuversicht und Zukunftschance bietet.

So, finde ich, wollen wir aufbrechen, gemeinsam mit Bernhard Vogel und Richard von Weizsäcker beim nächsten Termin in Rheinland-Pfalz und in Berlin. So wollen wir aufbrechen mit Gerhard Stoltenberg beim nächsten Termin, am 29. April in Schleswig-Holstein.

Für diesen Weg brauchen wir Mut,

brauchen wir Geduld. Konrad Adenauer hat immer bestritten, daß dies eine Tugend unserer Partei sei. Wir werden legen wir Konrad Adenauer. Wir brauchen Sachverstand, und wir müssen vor allem hart arbeiten. Aber noch ein Wort auch zur Form: Lassen Sie uns das mit einem fröhlichen Gesicht tun.

Meine Freunde, lassen Sie uns in diesem Sinne hier von Ludwigshafen scheiden, nach Hause zurückkehren in die Bundesländer unserer Bundesrepublik, in die Kreisverbände und Ortsverbände unserer Partei in der Überzeugung, daß unsere Mitbürger sich für unsere Politik und unsere Partei entscheiden, weil wir in der Sache überzeugend sind, weil wir in den Personen glaubwürdig sind, weil wir Mut machen und Hoffnung geben.

Dazu brauchen wir unseren gemeinsamen Dienst, die harte Arbeit. Dazu brauche ich ganz persönliche Hilfe und Unterstützung. Und darum bitte Ich Sie.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD